



AHK

World Business Outlook Herbst 2025

Ergebnisse einer Umfrage bei den deutschen Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanzen

 **GemeinsamWeltweit**



Inhalt

Wesentliche Ergebnisse	3
Entwicklung der Weltwirtschaft.....	4
Aktuelle Geschäftslage	7
Geschäftserwartungen deutscher Auslandsunternehmen.....	10
Risiken für deutsche Unternehmen im Ausland.....	17
Investitionspläne der Unternehmen	20
Beschäftigungsabsichten	23
Statistischer Anhang.....	25

Methodik

Der AHK World Business Outlook basiert auf einer regelmäßigen DIHK-Umfrage bei den Mitgliedsunternehmen der Deutschen Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanzen (AHKs). Sie erfasst im Herbst 2025 die Rückmeldungen von weltweit über 3.500 deutschen Unternehmen, Niederlassungen und Tochtergesellschaften sowie Unternehmen mit engem Deutschlandbezug. Die Umfrage wurde vom 29. September bis 17. Oktober 2025 durchgeführt. 41 Prozent der antwortenden Unternehmen stammen aus dem Bereich Industrie und Baugewerbe, 40 Prozent aus dem Dienstleistungssektor und weitere 19 Prozent sind Handelsunternehmen. Kleinere Unternehmen mit weniger als 100 Mitarbeitern machen 48 Prozent der Antworten aus. 26 Prozent der Unternehmen beschäftigen 100 bis 1.000 Mitarbeiter. Große Unternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeiter haben einen Anteil von 26 Prozent der Befragten weltweit. 50 Prozent sind Tochterunternehmen/Niederlassungen von deutschen Unternehmen, 37 Prozent sind lokale oder (nicht deutsche) internationale Unternehmen ohne Niederlassung in Deutschland und weitere 13 Prozent sind lokale oder (nicht deutsche) internationale Unternehmen mit einer Niederlassung in Deutschland. Die Ergebnisse für die kontinentalen Regionen sowie den globalen Wert sind gewichtet. Grundlage für die Gewichtung eines einzelnen Landes bildet das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Jahre 2017–2021 in US-Dollar. Die Fragen zu Geschäftslage, Erwartungen, Konjunktur, Investitionen und Beschäftigung werden entsprechend gewichtet.

Impressum

Deutsche Industrie- und Handelskammer

Bereich Internationale Wirtschaftspolitik, Außenwirtschaftsrecht
Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte
Telefon 030 20308-0

DIHK Online : [Homepage](#) | [Facebook](#) | [X \(Twitter\)](#) | [LinkedIn](#) | [Instagram](#) | [Youtube](#)

Redaktion: Lola Machleid

Grafik: Sebastian Titze

Titelbild: <https://www.gettyimages.de/>

Stand: November 2025

Wesentliche Ergebnisse

Konjunkturerwartungen: Mit Blick auf die konjunkturelle Entwicklung weltweit sind die deutschen Unternehmen wieder etwas zuversichtlicher als zuvor. Die nach dem Zollschock im Frühjahr optimistischeren Erwartungen liegen – im langjährigen Vergleich jedoch nur auf einem durchschnittlichen Niveau. 26 Prozent der Unternehmen rechnen in den kommenden zwölf Monaten mit einer besseren konjunkturellen Entwicklung an ihren Standorten (Frühjahr 2025: 19 Prozent). Der Anteil derjenigen, die eine Abschwächung erwarten, ist deutlich zurückgegangen – von 33 auf 24 Prozent. Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen steigt damit von minus 14 auf plus zwei Punkte und erreicht wieder den langjährigen Durchschnittswert (ebenfalls zwei Punkte).

Geschäftslage: Deutsche Unternehmen an ihren internationalen Standorten bewerten ihre aktuelle Geschäftslage im Herbst 2025 etwas schwächer als noch im Frühjahr. Die weltweite Verunsicherung durch den Umbruch des regelbasierten multilateralen Handelsgefüges belastet auch die Geschäfte der Unternehmen an ihren internationalen Standorten. Aktuell bewerten 40 Prozent der Unternehmen ihre Geschäftslage als gut, 45 Prozent als befriedigend und 15 Prozent als schlecht. Der Saldo aus positiven und negativen Einschätzungen sinkt damit leicht von 26 auf 25 Punkte. Die aktuelle Geschäftslage liegt weiterhin unter dem Durchschnitt der vergangenen Jahre (34 Punkte).

Geschäftserwartungen: Die Geschäftserwartungen der Unternehmen hellen sich weltweit deutlich auf. Der Saldo aus „besser“ und „schlechter“ Meldungen steigt insgesamt wieder auf ein durchschnittliches Niveau: 44 Prozent rechnen in den kommenden zwölf Monaten mit besseren Geschäften (Frühjahr 2025: 38 Prozent), 46 Prozent erwarten stabile Umsätze (Frühjahr 2025: 43 Prozent). Zehn Prozent gehen von einer Verschlechterung ihrer Geschäftstätigkeit vor Ort aus (Frühjahr 2025: 16 Prozent). Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen steigt kräftig von 25 auf 34 Punkte und liegt knapp über dem langjährigen Durchschnitt von 33 Punkten.

Auswirkungen der US-Handelspolitik: Im Vergleich zum Frühjahr 2025 spüren noch 44 Prozent der Unternehmen negative oder stark negative Auswirkungen der US-Handelspolitik auf ihre Geschäfte (Frühjahr 2025: 60 Prozent). 52 Prozent der Unternehmen erwarten keine Auswirkungen (Frühjahr 2025: 34 Prozent), vier Prozent hingegen sehen positive Effekte (Frühjahr 2025: sieben Prozent), wobei die Betroffenheit sich regional erheblich unterscheidet. Weltweit geben zwei Drittel der Unternehmen mit US-Geschäft Zölle als Beeinträchtigung ihrer Geschäftstätigkeit an. Nach der Verhandlung zahlreicher bilateraler Rahmenabkommen wird deutlich, wie die neuen Rahmenbedingungen für den Handel aussehen und was sie für die wirtschaftliche Entwicklung weltweit bedeuten.

Geschäftsrisiken: Unternehmen sehen sich mit einer Vielzahl konjunktureller und wirtschaftspolitischer Risiken konfrontiert. Das häufigste Geschäftsrisiko bleiben die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (48 Prozent, Frühjahr 2025: 49 Prozent, langjähriger Schnitt 46 Prozent). Besonders hoch bleibt auch das Nachfragerisiko. Knapp die Hälfte der Unternehmen (47 Prozent nach zuvor 46 Prozent) ist besorgt, dass die Nachfrage ein konjunktureller Wackelkandidat werden könnte. Auffällig ist die Zunahme beim nun dritthäufigsten Geschäftsrisiko: Der Wechselkurs ist für 31 Prozent (nach zuvor 27 Prozent) der Unternehmen ein Risiko.

Investitionsabsichten: Deutsche Unternehmen zeigen sich an ihren internationalen Standorten wieder investitionsfreudiger als noch zuletzt. 29 Prozent planen in den kommenden zwölf Monaten höhere Investitionen (Frühjahr 2025: 28 Prozent), während 16 Prozent ihren Kapitaleinsatz reduzieren wollen (Frühjahr 2025: 21 Prozent). Mehr als die Hälfte der Unternehmen beabsichtigt, das Investitionsniveau beizubehalten. Der Saldo steigt damit von sieben auf 13 Punkte und liegt nur knapp unter dem langjährigen Durchschnitt (14 Punkte). Die Investitionsdynamik deutscher Unternehmen im Ausland nimmt wieder an Fahrt auf und übertrifft das Niveau des Vorjahres knapp (Herbst 2024: 12 Punkte).

Beschäftigungsabsichten: Der etwas zuversichtlichere Blick auf die künftige Konjunktorentwicklung spiegelt sich auch in den Beschäftigungsplänen deutscher Unternehmen im Ausland wider. Mehr Klarheit und Planungssicherheit – wenn auch unter veränderten Rahmenbedingungen – bringen eine kleine Trendwende. 33 Prozent der Unternehmen planen, ihren Personalbestand in den kommenden zwölf Monaten zu erhöhen, 17 Prozent rechnen mit einem Rückgang. Der Saldo aus steigenden und sinkenden Beschäftigungsabsichten verbessert sich damit leicht von 15 auf 16 Punkte. Trotz dieser positiven Entwicklung bleiben die Personalpläne hinter dem Vorjahresniveau (Herbst 2024: 21 Punkte) und dem langjährigen Durchschnitt von 22 Punkten zurück.

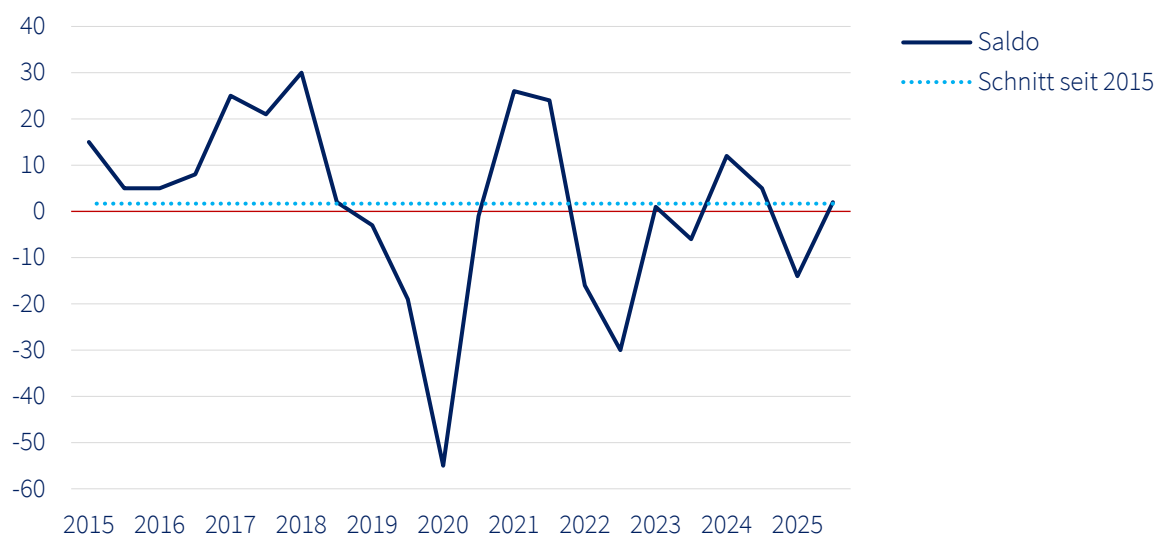
Entwicklung der Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft zieht wieder an. Weltweit blicken die über 3.500 von den AHKs befragten Unternehmen im Herbst 2025 wieder optimistischer in die Zukunft. Die globale Wirtschaft bleibt robuster als erwartet, sie wächst zumindest moderat. Die Zuversicht der Unternehmen nimmt zu, bleibt jedoch – nach dem Zollschock im Frühjahr – im langjährigen Vergleich nur auf einem durchschnittlichen Niveau. Ein größerer Optimismus wird durch die Zunahme des Protektionismus verhindert: Die globalen Herausforderungen bleiben riesig, die entstandenen Verwerfungen im Weltwirtschaftsgefüge sind enorm.

26 Prozent der Unternehmen rechnen in den kommenden zwölf Monaten mit einer besseren konjunkturellen Entwicklung an ihren Standorten (Frühjahr 2025: 19 Prozent). Der Anteil derjenigen, die eine Abschwächung erwarten, ist merklich zurückgegangen – von 33 auf 24 Prozent. Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen steigt deutlich von minus 14 auf plus zwei Punkte und erreicht wieder seinen langjährigen Durchschnittswert. Die verbesserten Erwartungen der Unternehmen an die Konjunktur an ihren internationalen Standorten weisen darauf hin, dass sich viele Länder neu positioniert haben. Hier spielt auch eine Rolle, dass neue zuverlässigere Handelspartnerschaften verhandelt werden, um Schlimmeres zu verhindern. Die anfängliche Verunsicherung infolge der belastenden US-Handelspolitik ist einer gewissen Ernüchterung und Anpassung an die neuen Realitäten gewichen.

Konjunkturerwartungen der Unternehmen weltweit

(Saldo aus „besser“ minus „schlechter“ - Antworten in Punkten)



Die Erwartungen zur künftigen Konjunktorentwicklung unterscheiden sich regional erheblich:

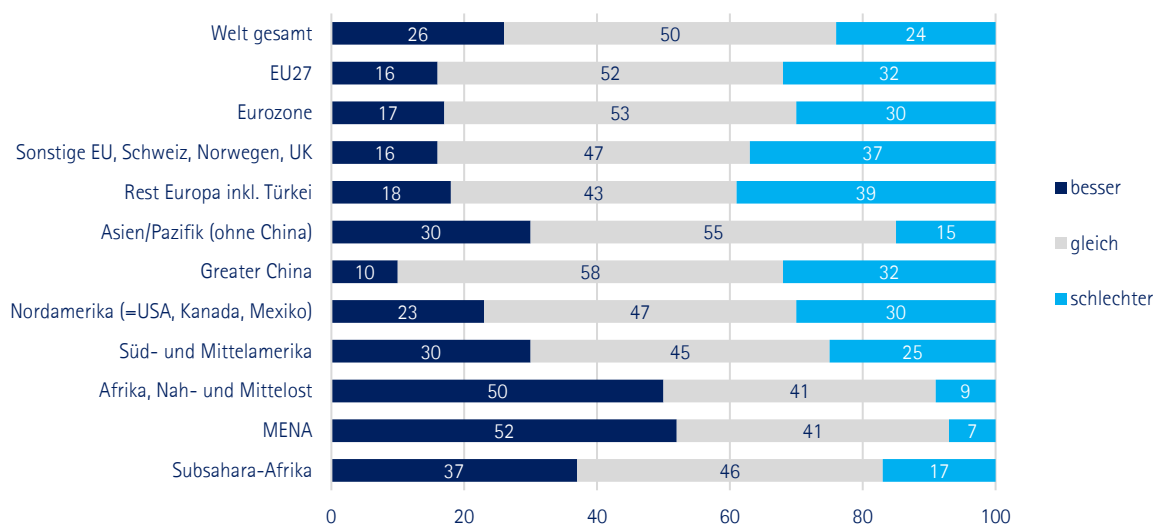
In **Afrika, Nah- und Mittelost** sind deutsche Auslandsunternehmen deutlich optimistischer bezüglich der Konjunktur vor Ort. 50 Prozent der Unternehmen erwarten eine Verbesserung, neun Prozent rechnen mit einer Verschlechterung (41 nach zuvor 26 Saldopunkten). Der Aufbau der afrikanischen Freihandelszone AfCFTA sorgt für Zuversicht und Vertrauen in ein besseres verlässlicheres Regelwerk das gute Investitions- und Handelsbeziehungen auf dem Kontinent ermöglicht. Außerdem sind es neben China auch Partner aus arabischen Ländern, Indien, Japan und auch der Türkei, die sich dort verstärkt engagieren – oftmals im Infrastrukturbereich, wovon sich etliche Unternehmen zukünftig positive Effekte erwarten.

Besonders hoffnungsvoll sind hier vor allem Unternehmen in der **MENA-Region**: 52 Prozent rechnen mit einer Verbesserung der Konjunktur vor Ort, nur sieben Prozent mit einer Verschlechterung (45 nach zuvor 44 Saldopunkten). Auch in **Subsahara-Afrika** sind die Unternehmen überwiegend positiv eingestellt. Hier rechnen 37

Prozent der Unternehmen mit einer Verbesserung und nur 17 Prozent mit einer Verschlechterung (20 nach zuvor 13 Saldopunkten) der Konjunktur.

Konjunkturerwartungen der Unternehmen weltweit

(Anteil der Nennungen in Prozent)



In **Nordamerika** hellen sich die konjunkturellen Erwartungen im Vergleich zum Frühjahr deutlich auf, bleiben jedoch insgesamt ebenfalls negativ. Die anfängliche Verunsicherung der Unternehmen ist einer gewissen Ernüchterung gewichen – viele Betriebe stellen sich auf die neuen Rahmenbedingungen ein, die jedoch mit schwierigeren Geschäftsbedingungen verbunden sind. 23 Prozent der Unternehmen erwarten eine Verbesserung der konjunkturellen Lage (nach 13 Prozent im Frühjahr), während 30 Prozent von einer Verschlechterung ausgehen. Der Saldo steigt deutlich von minus 34 auf minus sieben Punkte, liegt aber weiterhin klar unter dem langjährigen Durchschnitt (plus zwölf Punkte).

In den **USA** haben sich die Erwartungen zur konjunkturellen Entwicklung vor Ort deutlich im Vergleich zum Frühjahr verbessert. Nach großer Verunsicherung zu Beginn des Jahres ist die aktuelle Lage zwar weiterhin angespannt, doch schöpfen Unternehmen in den USA wieder Hoffnung auf eine konjunkturelle Erholung. Ein Viertel der Unternehmen blickt optimistisch auf die Konjunktur in den kommenden zwölf Monaten, 28 Prozent erwarten eine schlechtere (Frühjahr 2025: 14 Prozent besser, 44 Prozent schlechter). Der Saldo steigt um 26 Punkte von minus 30 Punkten auf minus vier Punkte. Er liegt damit jedoch weiterhin noch deutlich unter dem langjährigen Mittel von 19 Punkten. Durch die ersten abgeschlossenen bilateralen Handels- und Investitionsvereinbarungen herrscht jetzt zumindest mehr Klarheit auf was sich die Unternehmen einstellen können. Das stärkt die Planungssicherheit der Betriebe – und sorgt wieder für einen leichten Optimismus. Viele Unternehmen haben sich bereits auf das „New Normal“ eingestellt, ihre Handelsstrategien neu aufgesetzt und ihre Perspektiven angepasst. Auch die Steuererleichterungen des „One Big Beautiful Bill Act“ der US-Regierung sorgt für Entlastung bei den Unternehmen. Die Folgen des Government Shutdown lassen sich hingegen noch nicht beziffern, sie tragen aber zur Verunsicherung bei. Im Vergleich zum Frühjahr haben sich die Erwartungen daher verbessert, bleiben jedoch insgesamt negativ.

Auch in **Mexiko** ist eine deutliche Verbesserung der Einschätzungen seit dem Frühjahr 2025 zu verzeichnen, wengleich die Unternehmen weiterhin pessimistisch (Saldo minus 13 Punkte) sind. Der Ausblick wird auch dadurch gedämpft, dass Mexiko stark vom US-Markt abhängig ist und damit besonders von der volatilen US-Handelspolitik betroffen ist. Die für 2026 anstehende Neuverhandlung des nordamerikanischen Freihandelsabkommens USMCA sorgt zusätzlich für Ungewissheit in der Wirtschaft. Die mexikanische Wirtschaft könnte von der Revision des Abkommens sowohl weiter profitieren als auch schwer getroffen werden.

Unternehmen in **Kanada** bleiben besonders pessimistisch: Nur sieben Prozent erwarten eine bessere konjunkturelle Entwicklung, 41 Prozent eine Verschlechterung. Der sich ergebende Saldo (minus 34 Punkte) liegt weit

hinter Mexiko und den USA zurück. Die volatile Zollpolitik der USA bleibt für Kanadas Wirtschaft ein großer Unsicherheitsfaktor. Die wirtschaftliche Dynamik Kanadas dürfte insofern einen gehörigen Dämpfer erfahren.

In **Süd- und Mittelamerika** zeigen sich die Unternehmen zuversichtlich mit Blick auf die konjunkturelle Entwicklung im kommenden Jahr. 30 Prozent erwarten eine Aufhellung der wirtschaftlichen Lage, während 25 Prozent von einer Verschlechterung ausgehen. Der Saldo ist wieder positiv (fünf Punkte nach zuvor minus sechs Punkte). Er liegt damit sogar über dem langjährigen Schnitt (drei Punkte).

Für die **Asien Pazifik Region (ohne Greater China)** verbessern sich die Erwartungen zur konjunkturellen Entwicklung deutlich im Vergleich zum Frühjahr. Während knapp ein Drittel der Unternehmen optimistisch ist, sind nur 15 Prozent pessimistisch. Der Saldo dreht ins Positive von minus zehn auf plus 15 Punkte.

In **Ost- und Süd-Osteuropa** sowie der Türkei hellen sich die Konjunkturerwartungen leicht auf – unter dem Strich bleiben sie aber negativ: 18 Prozent rechnen mit einer positiven konjunkturellen Entwicklung vor Ort, 39 Prozent rechnen mit einer Verschlechterung. Der Saldo steigt von minus 34 auf aktuell minus 21 Punkte.

In der **Eurozone** sind die Unternehmen weniger pessimistisch als in der Vorumfrage. 17 Prozent erwarten eine Verbesserung der Konjunktur, 30 Prozent eine Verschlechterung. Der Saldo steigt von minus 21 Punkten im Frühjahr 2025 auf minus 13 Punkte und liegt damit wieder auf dem Vorjahresniveau. Vom langjährigen Durchschnitt von minus zwei Punkten bleibt der Wert jedoch weiterhin deutlich entfernt. Die Eurozone verliert als Standort international an Wettbewerbsfähigkeit. Dies gilt umso mehr, als die weltwirtschaftliche Unsicherheit gerade in den handelsstarken Volkswirtschaften der Eurozone hohe Reibungseffekte erzeugt.

Für die **sonstige EU, Schweiz, Norwegen und UK** zeichnet sich entgegen dem weltweiten Aufwärtstrend eine erneute Abkühlung im Jahresvergleich ab. 16 Prozent der Unternehmen erwarten eine Verbesserung, 37 Prozent erwarten eine Verschlechterung der Konjunktur vor Ort (Saldo: minus 21, nach zuvor minus 15 Punkte).

Besonders pessimistisch sind die Einschätzungen in **Greater China** (China, Hongkong und Taiwan). Lediglich zehn Prozent der Unternehmen erwarten eine Verbesserung der konjunkturellen Lage vor Ort, während 32 Prozent von einer weiteren Eintrübung ausgehen. Der Saldo liegt mit minus 22 Punkten klar unter dem langjährigen Durchschnitt (plus ein Punkt). Eine Verschlechterung gegenüber dem Frühjahr ist vor allem in **China** zu beobachten. Chinas Wirtschaftswachstum verlangsamt sich aufgrund der anhaltenden Immobilienkrise sowie der schwachen Binnennachfrage und der alternden Gesellschaft. Die Inlandskonjunktur zieht nicht in dem Maße an, wie China im Außenhandel gleichzeitig Marktanteile erschließt. Hinzu kommt der andauernde Handelskonflikt mit den USA, der trotz der Einigung zwischen diesen Wirtschaftsgiganten nach wie vor für Verunsicherung sorgt - die Auswirkungen auf die Konjunktur vor Ort sind deutlich spürbar. Eine konkrete, kurzfristige konjunkturelle Erholung ist laut der Unternehmenseinschätzungen nicht in Aussicht – auch wenn die zwischenzeitliche Einigung zwischen Donald Trump und Xi Jinping zu einer gewissen vorläufigen Erleichterung geführt haben dürfte. Mittelfristig bleibt der chinesische Markt attraktiv, besonders aufgrund seiner Innovationskraft.

In **Taiwan** hellen sich die konjunkturellen Erwartungen hingegen leicht auf, während sich die Wirtschaftsaussichten in **Hongkong** im Vergleich zum Frühjahr sogar spürbar verbessern.

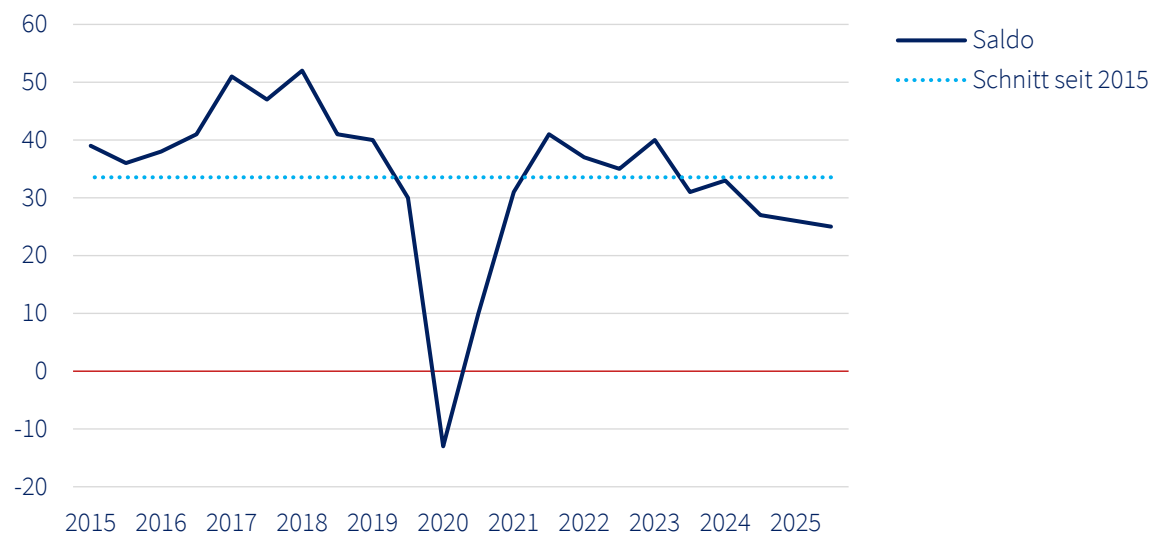
Aktuelle Geschäftslage

Deutsche Unternehmen an ihren internationalen Standorten bewerten ihre aktuelle **Geschäftslage** im Herbst 2025 etwas schwächer als noch im Frühjahr. Die US-Handelspolitik und deren Reaktionen stellen auch für viele deutsche Unternehmen an ihren ausländischen Standorten eine Belastung ihrer Geschäftstätigkeit dar. Aktuell schätzen 40 Prozent der Unternehmen ihre Geschäftslage als gut ein, 45 Prozent als befriedigend und 15 Prozent als schlecht. Der Saldo aus positiven und negativen Einschätzungen sinkt leicht von 26 auf 25 Punkte. Die aktuelle Geschäftslage liegt weiterhin unter dem weltweiten Durchschnitt der vergangenen Jahre (34 Punkte).

Im Vergleich der Wirtschaftszweige ist die Geschäftslage bei den Dienstleistungsunternehmen noch am besten: Hier bewerten 46 Prozent ihre Lage als gut und lediglich zehn Prozent als schlecht (Saldo 36 Punkte). Handelsunternehmen (40 Prozent gut, 14 Prozent schlecht, Saldo 26 Punkte) sind zurückhaltender in der Bewertung ihrer aktuellen Geschäftssituation. Die Lagebewertungen der Industrie und Bauunternehmen fällt im Vergleich zu den anderen Branchen am schlechtesten aus (40 Prozent gut, 15 Prozent schlecht, Saldo 25 Punkte).

Geschäftslage der Unternehmen weltweit

(Saldo aus „gut“ minus „schlecht“ minus Antworten in Punkten)

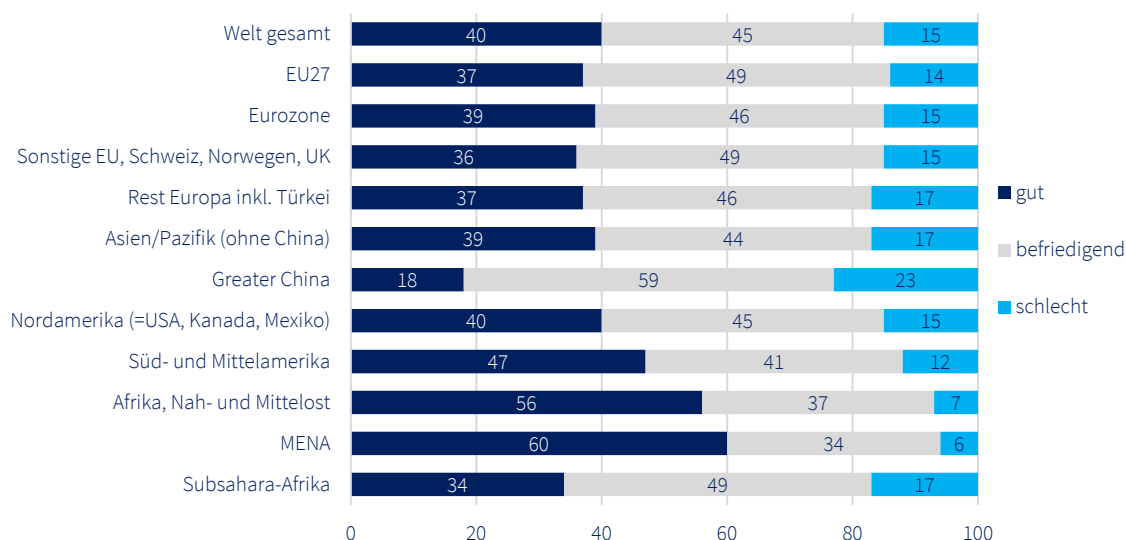


Das weltweite Stimmungsbild der Unternehmen in Bezug auf ihre aktuelle Geschäftslage bleibt insgesamt gedämpft – allerdings mit deutlichen regionalen Unterschieden.

Erneut schlechter als noch im Frühjahr 2025 bewerten Unternehmen in **Nordamerika** ihre aktuelle Geschäftslage: Nur noch 40 Prozent der in Nordamerika tätigen Unternehmen berichten von einer guten Geschäftslage (Frühjahr 2025: 49 Prozent), während 15 Prozent sie als schlecht einstufen. Der Saldo sinkt um elf Punkte von 36 auf aktuell 25 Punkte und liegt damit weiter merklich unter dem langjährigen Mittel von 49 Punkten. Während sich die aktuelle Geschäftslage für Unternehmen in Kanada verbessert hat, verschlechtert sie sich für Unternehmen in Mexiko und den USA im Vergleich zum Frühjahr erheblich.

In **Kanada** beurteilen über die Hälfte der Unternehmen (55 nach zuvor 45 Prozent) ihre Lage als gut, nur noch drei Prozent hingegen als schlecht. Der resultierende Saldo steigt von 34 auf aktuell 52 Punkte. Er liegt damit wieder über dem langjährigen Schnitt von 50 Punkten. Unternehmen wenden beim Handel mit den USA aufgrund des andauernden Zollkonflikts nun verstärkt das nordamerikanische Freihandelsabkommen USMCA an. Die Wahl einer neuen Regierung im Frühjahr scheint auch die Wirtschaftsstimmung aufgeheitelt zu haben und sorgt bei Unternehmen für Planbarkeit, die sich positiv auf deren Geschäftstätigkeit auswirkt.

Geschäftslage der Unternehmen weltweit (Anteil der Nennungen in Prozent)



In **Mexiko** hingegen bewerten nur noch 32 Prozent ihre Lage als gut (Frühjahr 2025: 36 Prozent) und 13 Prozent als schlecht. Der Saldo sinkt von 28 auf aktuell 19 Punkte. Die Stimmungseintrübung ist insbesondere auf die sektoralen US-Zölle auf Stahl, Aluminium und Autos zurückzuführen, welche nicht durch das Freihandelsabkommen USMCA abgedeckt werden.

In den **USA** bewerten 40 Prozent der Unternehmen ihre aktuelle Geschäftslage als gut. Der Anteil der negativen Lagebewertungen hat im Vergleich zum Frühjahr zugelegt – von 13 auf 16 Prozent. Der Saldo sinkt deutlich von 37 auf 24 Punkte und liegt spürbar unter dem langjährigen Durchschnitt (52 Punkte). Die deutschen Unternehmen bekommen hier die Auswirkungen der US-Handels- und Wirtschaftspolitik sowohl direkt als auch über ihre Lieferketten zu spüren. Denn viele deutsche Industriebetriebe in den USA sind auf den Import von Vorleistungen angewiesen, die nun den US-Zöllen unterliegen.

Im Vergleich zur vorherigen Umfrage hat sich die Lagebewertung der Unternehmen in **Süd- und Mittelamerika** von positivem Niveau aus leicht verschlechtert: 47 Prozent berichten von einer guten Geschäftslage, zwölf Prozent von einer schlechten. Damit sinkt der Saldo um zwei Punkte auf 35 Punkte.

In **Greater China** bewerten deutsche Unternehmen ihre Geschäftslage erneut schlechter als im Frühjahr. Der Anteil positiver Bewertungen sinkt von 24 auf nur noch 18 Prozent, 23 Prozent der Unternehmen schätzen ihre Situation als schlecht ein. Der Saldo verringert sich leicht von minus zwei auf minus fünf Punkte.

In **Hongkong** sinkt der Saldo auf vier Prozentpunkte nach zuvor 17 Punkten. In **Taiwan** sinkt der Saldo auf null nach zuvor 16 Punkten. In **China** selbst bleibt die Lagebewertung im Vergleich zum Frühjahr unverändert schwach – 18 Prozent der Unternehmen melden eine gute, 23 Prozent eine schlechte Geschäftslage. Der Saldo verharrt bei minus fünf Punkten und bleibt damit seit dem Frühjahr 2023 negativ. Deutsche Unternehmen an ihren Standorten in China bedienen vornehmlich den chinesischen Markt und sind daher direkt mit der konjunkturellen Binnenschwäche sowie dem dort hohen Wettbewerbsdruck konfrontiert.

In der **Asien-Pazifik-Region (ohne Greater China)** bewerten deutsche Unternehmen die aktuelle Geschäftslage etwas schwächer als im Frühjahr 2025. 39 Prozent beurteilen ihre Lage als gut, 17 Prozent als schlecht. Der Saldo sinkt leicht von 23 auf aktuell 22 Punkte.

Auch in **Ost- und Südosteuropa (ohne EU) sowie in der Türkei** fällt die Einschätzung verhaltener aus als im Frühjahr. 37 Prozent der Unternehmen melden eine gute Geschäftslage, rund die Hälfte eine stabile, und 17 Prozent eine schlechte Lage. Der Saldo fällt von 27 Punkten im Frühjahr auf aktuell 20 Punkte ab.

In der **Eurozone** verschlechtert sich die Geschäftslage der Unternehmen erneut leicht. Der Saldo sinkt von 28 auf 24 Punkte und bleibt auch hinter dem Wert des Vorjahres (25 Punkte) zurück. Der Abwärtstrend der vergangenen Jahre setzt sich damit fort. Die neuverhandelten US-Einfuhrzölle von mindestens 15 Prozent belasten Unternehmen zusätzlich zu strukturellen Problemen. Die Entlastungen, die durch die Entbürokratisierung von Regularien auf EU-Ebene geplant oder gar schon umgesetzt sind, kommen bei den Unternehmen noch nicht an.

Eine positive Entwicklung zeigt sich hingegen in **Afrika, Nah- und Mittelost sowie in der MENA-Region**: Dort verbessert sich die Geschäftslage deutlich – der Saldo steigt von 39 auf 49 bzw. von 44 auf 54 Punkte.

In **Subsahara-Afrika** trübt sich indes die Lage ein. Der Saldo sinkt von 26 auf 17 Punkte; 34 Prozent der Unternehmen bewerten ihre Situation als gut, 17 Prozent als schlecht.

Geschäftserwartungen deutscher Auslandsunternehmen

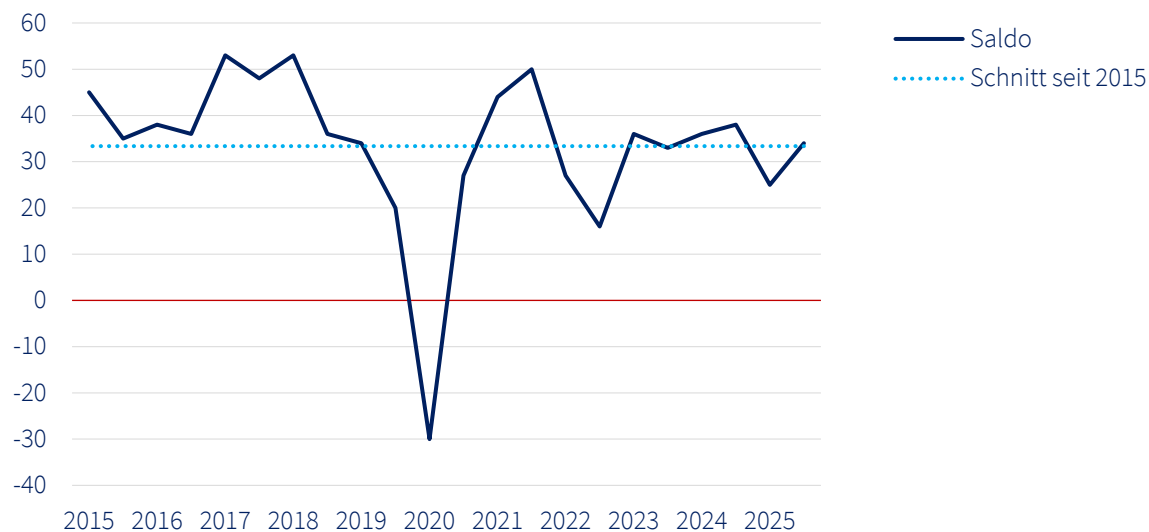
Die Geschäftserwartungen der Unternehmen haben sich weltweit deutlich aufgehellt. Im Vergleich zum Frühjahr 2025 macht sich ein gewisser Optimismus breit, zumindest auf durchschnittlichem Niveau.

44 Prozent rechnen in den kommenden zwölf Monaten mit besseren Geschäften (Frühjahr 2025: 38 Prozent), 46 Prozent erwarten stabile Umsätze (Frühjahr 2025: 43 Prozent). Nur noch zehn Prozent gehen von einer Verschlechterung ihrer Geschäftstätigkeit vor Ort aus (Frühjahr 2025: 16 Prozent). Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen steigt damit merklich von 25 auf 34 Punkte und liegt wieder knapp über dem langjährigen Durchschnitt von 33 Punkten. Diese Verbesserung der geschäftlichen Perspektive bleibt jedoch hinter der erwarteten konjunkturellen Belebung zurück (Saldoanstieg um 16 Punkte). Offenbar gelingt es den deutschen Unternehmen nur bedingt, an der robusten Entwicklung der Weltwirtschaft zu partizipieren.

Der sogenannte Liberation Day war der Auftakt für die neue Zollpolitik der USA und ein Schock für die Weltwirtschaft. Eine weltweit große Verunsicherung stellte sich ein. Die Unternehmen haben sich mittlerweile aber sichtbar an die neuen, ungünstigeren Rahmenbedingungen angepasst. Die anfängliche große Verunsicherung der Unternehmen ist einer eher nüchternen Einschätzung gewichen.

Geschäftserwartungen der Unternehmen weltweit

(Saldo aus „besser“ minus „schlechter“ minus Antworten in Punkten)



Die wirtschaftliche Entwicklung in **Nordamerika** war im vergangenen Jahr sehr volatil und seit Einführung der neuen US-Zollpolitik im Frühjahr 2025 unter spürbarem Einfluss handelspolitischer Unsicherheiten. Jetzt haben sich die Geschäftserwartungen der Unternehmen wieder deutlich erholt: 39 Prozent rechnen im kommenden Jahr mit wieder besseren Geschäften, während nur noch 13 Prozent eine Verschlechterung erwarten. Der Saldo steigt kräftig von fünf auf aktuell 26 Punkte.

Deutsche Unternehmen mit Standorten in den **USA** zeigen sich zuversichtlich in ihren Geschäftserwartungen für das kommende Jahr. Sowohl die Konjunktur- als auch die Geschäftsaussichten haben sich im Vergleich zum Frühjahr deutlich gebessert, bleiben jedoch sowohl hinter dem globalen als auch hinter dem langjährigen US-Durchschnitt zurück. Mehr als ein Drittel (37 Prozent) der Betriebe erwartet bessere Geschäfte, während nur 13 Prozent von einer Verschlechterung ausgehen. Der Saldo der Geschäftserwartungen steigt von neun auf aktuell 24 Punkte, liegt damit weiterhin deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt (45 Punkte). Deutsche Unternehmen in den USA erwarten stärker von der konjunkturellen Entwicklung vor Ort profitieren zu können als im

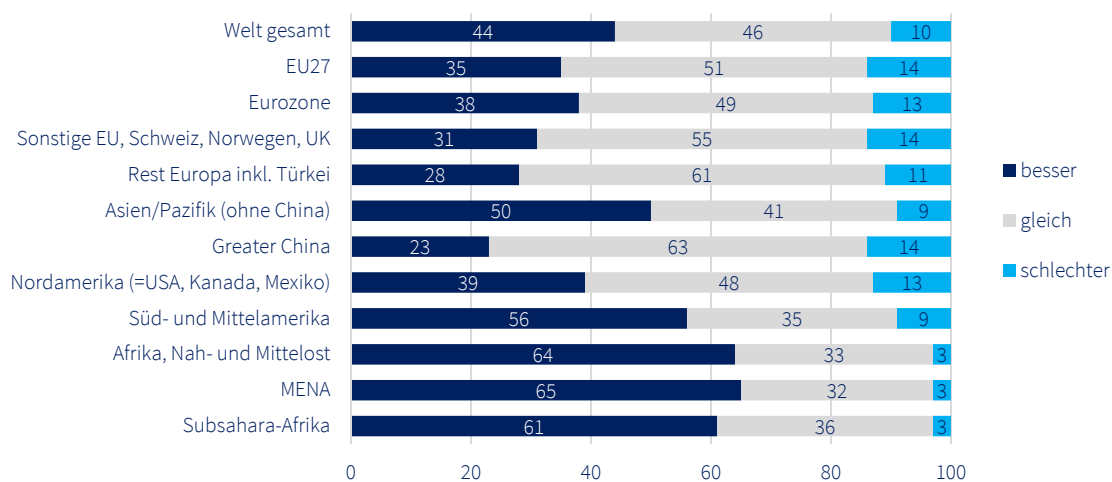
internationalen Vergleich. Zudem könnten Unternehmen mit US-Produktionsstandorten teilweise vom sich abschwächenden und somit reduzierten internationalen Wettbewerb in den USA Nutzen ziehen.

Besonders deutlich verbessern sich die Geschäftserwartungen für das kommende Jahr in **Kanada**: Mehr als ein Drittel der Unternehmen (38 Prozent) rechnet mit einer Verbesserung ihrer Geschäfte, während nur noch 17 Prozent mit einer Verschlechterung rechnen. Der Saldo dreht deutlich ins Positive und steigt um ganze 50 Punkte von minus 31 auf aktuell plus 21 Punkte.

In **Mexiko** ist die Verbesserung der Geschäftserwartungen für die kommenden zwölf Monate ähnlich deutlich: Der Saldo springt hier von minus zwei Punkten auf aktuell plus 44 Punkte. Insbesondere Mexiko, aber auch Kanada profitieren derzeit noch stark durch das USMCA und den vereinfachten Zugangsmöglichkeiten zum US-Markt. Diese starke Wettbewerbssituation im internationalen Vergleich führt insbesondere in Mexiko zu dieser geschäftlichen Zuversicht.

Geschäftserwartungen der Unternehmen weltweit

(Anteil der Nennungen in Prozent)



Auch in der **Asien-/Pazifik Region** hellt sich die Stimmung der Unternehmen bei den Geschäftserwartungen im Vergleich zum Frühjahr auf: Die Hälfte der Unternehmen rechnet im nächsten Jahr mit besseren Geschäften, nur neun Prozent der Unternehmen erwarten eine Verschlechterung. Der Saldo steigt von 35 Punkten auf aktuell 41 Punkte.

In **Greater China** sind die Unternehmen mit Blick auf die Geschäftserwartungen für das kommende Jahr indes pessimistischer als noch im Frühjahr: Knapp ein Viertel der Unternehmen erwartet eine Verbesserung der Geschäfte (23 Prozent), 14 Prozent erwarten eine Verschlechterung. Der Saldo sinkt leicht von elf auf nur noch neun Punkte und liegt damit deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von 25 Punkten.

Dies wird von **China** geprägt. Die Unternehmen sind bei ihren Erwartungen im Vergleich zum Frühjahr pessimistischer. Der starke und durch die US-Handelspolitik gestiegene Wettbewerbsdruck und die schwache Binnennachfrage bereitet den Unternehmen hier große Sorgen.

In **Taiwan** sind die deutschen Unternehmen insgesamt weit zuversichtlicher als im Durchschnitt der Region Greater China (Saldo: 9 Punkte). Auch wenn sich der Wert dort von 26 auf 21 Punkte leicht verschlechtert hat, ist der Saldo im positiven Bereich. In **Hongkong** wiederum hellen sich die Erwartungen auf: Der Saldo klettert von 22 auf 27 Punkte.

In der **Eurozone** sind die Unternehmen hinsichtlich der Geschäftserwartungen zuversichtlicher als bei der Bewertung ihrer Geschäftslage: 38 Prozent rechnen im kommenden Jahr mit besseren Geschäften, 13 Prozent mit schlechteren. Der Saldo steigt von 18 auf 25 Punkte. Er nähert sich damit wieder dem langjährigen Durchschnitt von 28 Punkten.

In **Ost-/Südosteuropa (ohne EU) und in der Türkei** hellen sich die Geschäftserwartungen abermals auf. 28 Prozent erwarten eine Verbesserung und nur elf Prozent eine Verschlechterung ihrer Geschäfte. Der Saldo steigt somit um vier Punkte auf aktuell 17 Prozentpunkte. Er nähert sich weiter dem langjährigen Durchschnitt von 19 Punkten.

In **Süd- und Mittelamerika** bleibt die Stimmung bei den Geschäftserwartungen auf hohem Niveau stabil. Der Saldo liegt unverändert bei 47 Punkten. 56 Prozent der Unternehmen rechnen im kommenden Jahr mit besseren Geschäften, lediglich neun Prozent gehen von einer Verschlechterung aus.

Für die Region **Afrika, Nah- und Mittelost** zeigt sich ein ähnliches Bild. Insgesamt bewerten die Unternehmen in diesen Regionen ihre Erwartungen für die Geschäfte im kommenden Jahr positiver als noch zuvor. Der Saldo liegt bei 61 Punkten und damit über dem langfristigen Durchschnitt (37 Punkte).

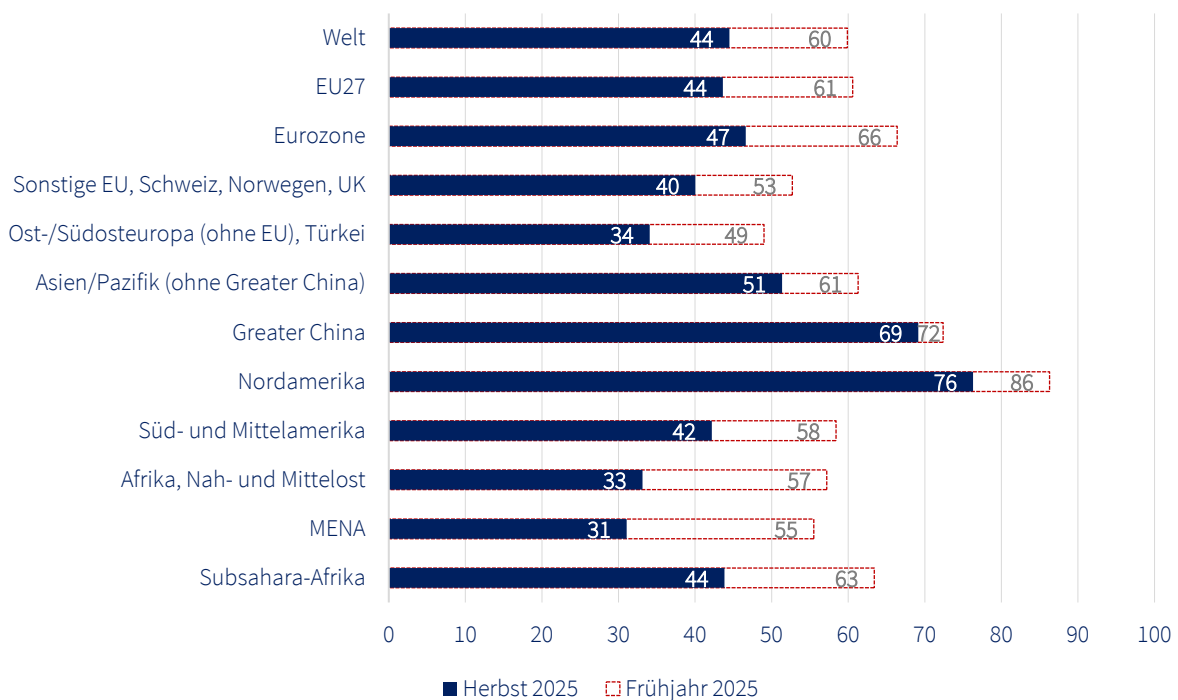
Auswirkungen der US-Handelspolitik

Die US-Handelspolitik wirft seit Beginn des Jahres ihren Schatten auf die internationalen Handelsbeziehungen. Sie hat sich zu einem zentralen Unsicherheitsfaktor für die globale Wirtschaft entwickelt. Durch protektionistische Maßnahmen wie hohe Zölle, Exportkontrollen und die Aufkündigung bisheriger Handelsabkommen werden internationale Lieferketten gestört, Investitionen gehemmt und die Verlagerung von Produktionsstandorten in Erwägung gezogen. Inzwischen hat sich die Situation etwas stabilisiert, insbesondere da Unternehmen mehr Sicherheit darüber haben, welche Zölle für sie gelten, beziehungsweise wie sie darauf reagieren können. Nach der Verhandlung zahlreicher bilateraler Rahmenabkommen wird deutlich, wie die neuen Rahmenbedingungen für den Handel aussehen und was sie für die wirtschaftliche Entwicklung weltweit bedeuten.

Im Vergleich zum Frühjahr 2025 ist weltweit der Anteil der Unternehmen, die negative oder stark negative Auswirkungen der US-Handelspolitik auf ihre Geschäfte vor Ort spüren, von 60 auf 44 Prozent gesunken. Acht Prozent spüren aktuell stark negative Auswirkungen (Frühjahr 2025: 17), 36 Prozent negative Auswirkungen (Frühjahr 2025: 43). 52 Prozent der Unternehmen erwarten keine Auswirkungen auf ihre Geschäftstätigkeit (Frühjahr 2025: 34 Prozent), vier Prozent erwarten sogar positive Effekte (Frühjahr 2025: sieben Prozent).

Anteil der Unternehmen, die negative Auswirkungen der US-Handelspolitik für ihre Geschäfte vor Ort spüren

(Angaben in Prozent)



In allen Weltregionen ist ein Rückgang der akuten Betroffenheit zu beobachten. Dennoch zeigen sich große Unterschiede in den jeweiligen Regionen.

Besonders in **Nordamerika** und **Greater China** geht der Anteil der betroffenen Unternehmen im Vergleich zum Frühjahr, unmittelbar nach den Zollankündigungen, weniger deutlich zurück als in den übrigen Regionen der Welt.

In **Nordamerika** liegt der Anteil der Unternehmen, die negative oder stark negative Auswirkungen der US-Handelspolitik auf ihre Geschäfte vor Ort spüren bei 76 Prozent. Zuvor waren es noch 86 Prozent (23 Prozent stark

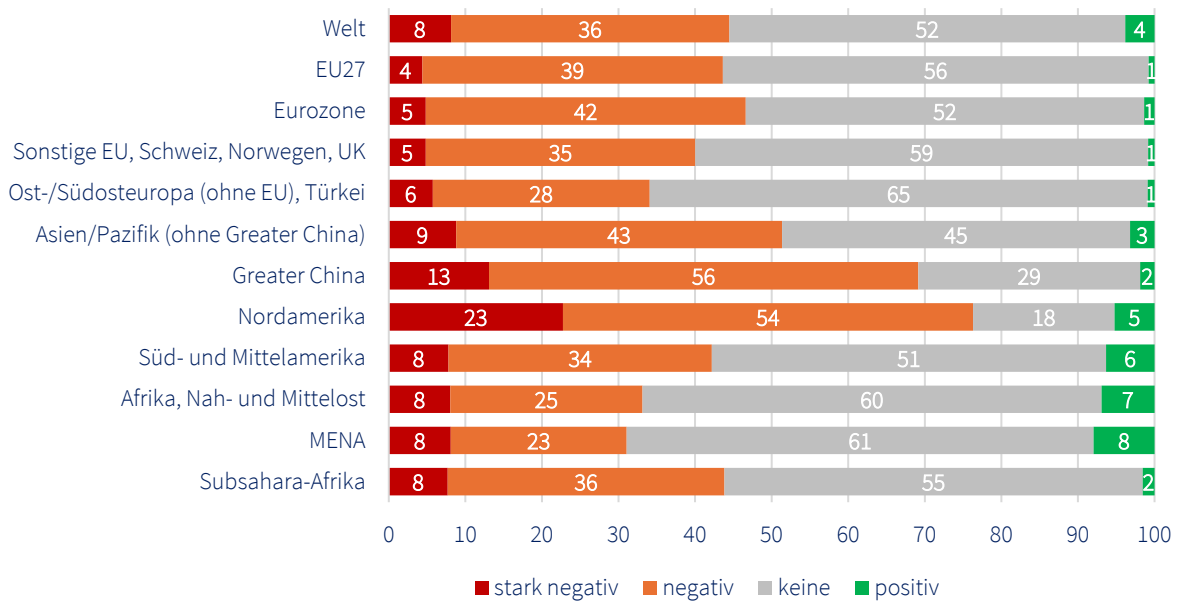
negativ; 54 Prozent negativ). Der hohe Wert ist insbesondere auf die direkte Betroffenheit durch die international verflochtenen Lieferketten der Unternehmen zurückzuführen.

In **Greater China** spüren die Betriebe weiterhin stärkere Auswirkungen der US-Handelspolitik als im weltweiten Durchschnitt, auch wenn die Belastungen im Vergleich zum Frühjahr etwas geringer eingestuft werden. Der Handelskonflikt zwischen den beiden Großmächten, China und den USA, beeinträchtigt die Geschäftstätigkeit vor Ort deutlich – vor allem durch eine mangelnde Planbarkeit und schwer abschätzbare Folgen. Noch immer berichten 69 Prozent der Unternehmen von negativen oder stark negativen Auswirkungen (Frühjahr 2025: 72 Prozent). Im Erhebungszeitraum war der Handelskonflikt zwischen China und den USA insbesondere von Eskalationsmaßnahmen und gegenseitigen Drohungen geprägt. Eine Einigung lag erst danach vor, gleichwohl ist diese nur temporär.

In der **EU** nimmt der Anteil der Unternehmen, die unter den Folgen der US-Handelspolitik leiden, deutlich ab – von 61 auf 44 Prozent. Das neue EU-USA-Abkommen bringt zumindest etwas mehr Planungssicherheit. Es führt aber mit einem Basiszollsatz von 15 Prozent auch zu einer merklichen Zusatzbelastung – und somit zu einer Abschwächung des Handels mit den USA. In den Monaten Januar bis September war das deutsche Handelsvolumen mit den USA um etwa 12 Mrd. Euro niedriger als noch im Vorjahreszeitraum. In der Folge hat China die USA als wichtigster Handelspartner Deutschlands wieder abgelöst.

Auswirkungen der US-Handelspolitik für die Geschäfte der Unternehmen vor Ort

(Angaben in Prozent)

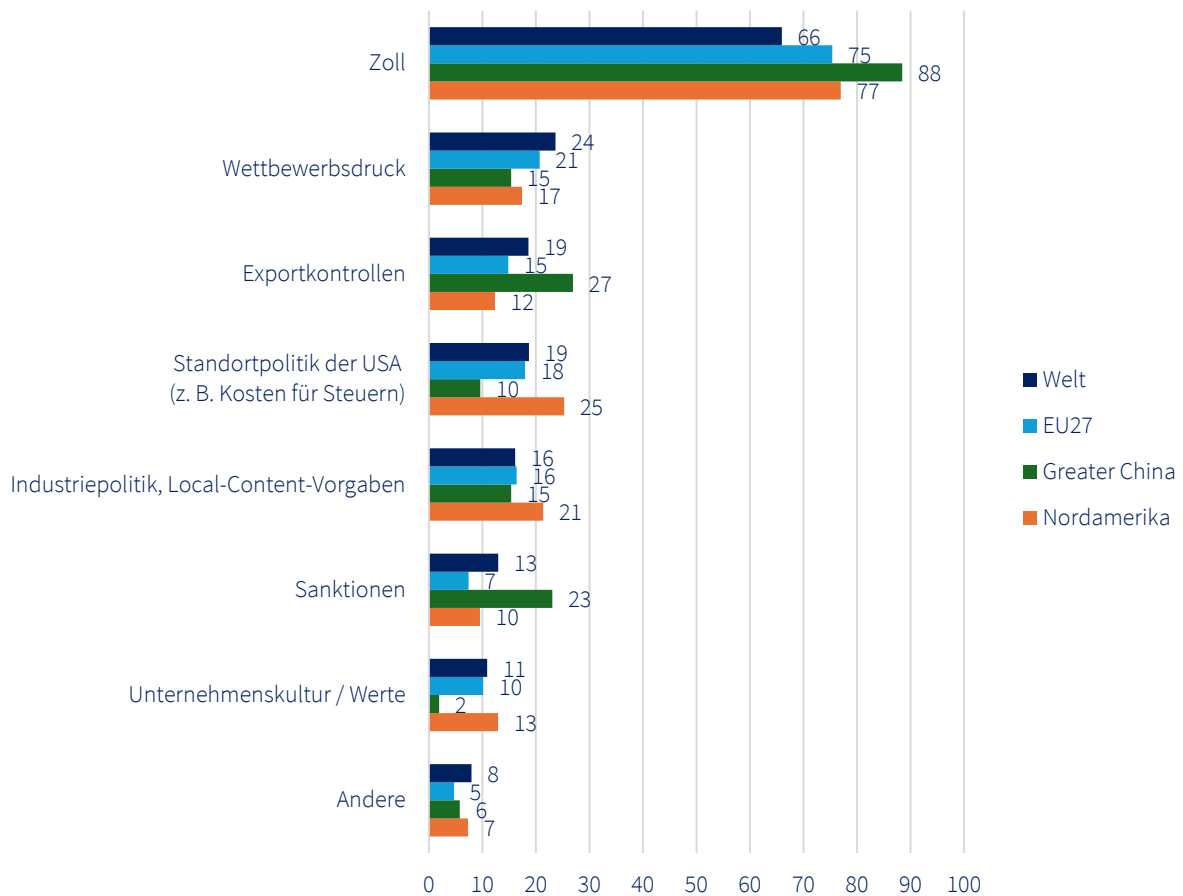


Von den Unternehmen mit direkten Geschäftsbeziehungen zu den USA spüren weltweit sogar 65 Prozent negative Auswirkungen. Besonders ausgeprägt ist dies in Nordamerika (USA, Kanada, Mexiko) und Greater China, wo jeweils 82 Prozent der Betriebe Belastungen verzeichnen.

Weltweit, wie auch in den USA selbst, vermelden nur noch vier Prozent **positive Auswirkungen** für ihre Geschäfte durch die US-Handelspolitik (nach sieben und acht Prozent im Frühjahr 2025). Davon haben einige Unternehmen das Freitextfeld genutzt, um die Vorteile für ihr Unternehmen zu spezifizieren. Einzelne Unternehmen erhoffen sich, dass sie aufgrund niedriger US-Zölle im Vergleich zu anderen Ländern in Zukunft profitieren können – sei es durch eine höhere US-Nachfrage oder einer Verlagerung der Lieferkette. Weiterhin bieten neue Märkte infolge von breiteren Handelsumlenkungen zum Teil neues Marktpotenzial für deutsche Unternehmen. Auch nennen manche Unternehmen vereinzelt positive Effekte in Form von gesteigerter Nachfrage nach inländischen Produkten.

Welche Aspekte der US-Wirtschaftspolitik beeinflussen die Unternehmen aktuell am stärksten?

(Angaben in Prozent, Mehrfachnennung möglich, nur Angaben von Unternehmen mit US-Geschäft)



Besonders auf die handelsstarken Regionen EU, Greater China und Nordamerika, die historisch eine starke Zusammenarbeit mit den USA pflegen, wirken sich die verschiedenen Aspekte der US-Handelspolitik unterschiedlich stark aus.

Weltweit geben zwei Drittel der Unternehmen mit US-Geschäft **Zölle** als Beeinträchtigung an. Am stärksten betroffen sind hier Unternehmen in **Greater China** (88 Prozent), insbesondere in China. Die Drohungen im Handelskonflikt zwischen den USA und China umfassten erweiterte Exportkontrollen für seltene Erden und eine verschärfte Überwachung der Halbleiternutzer durch China sowie von amerikanischer Seite Zölle von über 100 Prozent auf US-gebundene Exporte aus China. Die zwölfmonatige Aussetzung durch den US-China-Deal, verschiebt den Konflikt sehr wahrscheinlich nur in die Zukunft.

Unternehmen in **Nordamerika** (USA, Kanada und Mexiko) sehen sich mit 77 Prozent stärker betroffen als im weltweiten Durchschnitt (66 Prozent). Viele Unternehmen sind hier von den sektoralen Zöllen auf u.a. Stahl, Aluminium und Autos betroffen, welche das USMCA (United States–Mexico–Canada Agreement) nicht abdeckt. Für USMCA-kompatible Produkte müssen viele Unternehmen noch den komplexen USMCA-Anerkennungsprozess durchlaufen, bevor Entlastungen ihnen zugutekommen können. Weiterhin leiden deutsche Unternehmen in den USA unter erhöhten Kosten in der gesamten Lieferkette. Auch im **EU-Ausland** sehen drei Viertel (75 Prozent) der deutschen Unternehmen die nun auf 15 Prozent festgelegten Basiszölle als größten negativen Einfluss auf ihre Geschäfte.

Weltweit sieht sich knapp ein Viertel der Unternehmen mit US-Geschäft mit einem **erhöhten Wettbewerbsdruck** konfrontiert (24 Prozent), knapp ein Fünftel (19 Prozent) ist von den **Exportkontrollen** betroffen. US-amerikanische und chinesische Exportkontrollen treffen **Greater China** besonders hart. Dort sind sie das zweitgrößte Problem nach den Zöllen, die den Handel zusätzlich belasten. Insbesondere die Ankündigungen von neuen Exportkontrollen im Rohstoff- und Technologiebereich sind hier hervorzuheben.

Ebenfalls 19 Prozent nennen weltweit die **Standortpolitik in den USA (z.B. Steuern)** als für sie stärksten Einfluss der US-Wirtschaftspolitik auf ihre Geschäfte. Mit den verbesserten steuerlichen Rahmenbedingungen verschaffen sich die USA einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Staaten. In **Nordamerika** stellt die US-Standortpolitik sogar für ein Viertel der dortigen deutschen Unternehmen einen zunehmenden Einfluss für ihre Geschäfte dar. In den USA selbst, verschärfen die Streichung von Investitionsanreizen im Rahmen des Inflation Reduction Acts, insbesondere im Energiebereich, und der zunehmende Wettbewerbsdruck die Lage.

Weltweit nennen 16 Prozent die **Industriepolitik und Local-Content-Vorgaben** als Herausforderung. In **Nordamerika** ist es immerhin ein Fünftel der Unternehmen (21 Prozent). Abweichende technische Standards und Produktanforderungen – insbesondere im Automobilbereich, aber auch im Maschinenbau und in der Elektrotechnik und Einschränkungen in der öffentlichen Beschaffung sowie die schwer zu erfüllenden Anforderungen von „Buy American“ belasten die deutschen Unternehmen vor Ort.

Weltweit nennen 13 Prozent der deutschen Unternehmen im Ausland die US-Sanktionen als für sie spürbaren Aspekt der Handelspolitik der Vereinigten Staaten. In **Greater China** geben 23 Prozent an, aktuell von diesen Sanktionen betroffen zu sein. Durch ihre extraterritoriale Reichweite können US-Sanktionen auch deutsche Unternehmen anderswo in Mitleidenschaft ziehen. Zugleich können chinesische Unternehmen, insbesondere durch Listungen der US-Behörden direkt ins Visier genommen werden.

Unternehmen hatten die Möglichkeit weitere Aspekte der US-Handelspolitik, die sie betreffen, in einem Freitextfeld spezifizieren. Neben der ausgelösten allgemeinen handelspolitischen Unsicherheit und spezifischen Besorgnissen über die bilateralen Beziehungen mit den USA wird auch der Wechselkurs genannt. Auch Engpässe in der Logistik, die unter anderem auf Verzögerungen bei der Verzollung von Lieferungen in den USA, Preiserhöhungen für Kunden und hohe Frachtkosten zurückzuführen sind, werden mehrfach genannt. Unternehmen nennen zudem Schwierigkeiten und Verzögerungen im Visaprozess, welche teilweise Geschäftsreisen verzögern und verhindern.

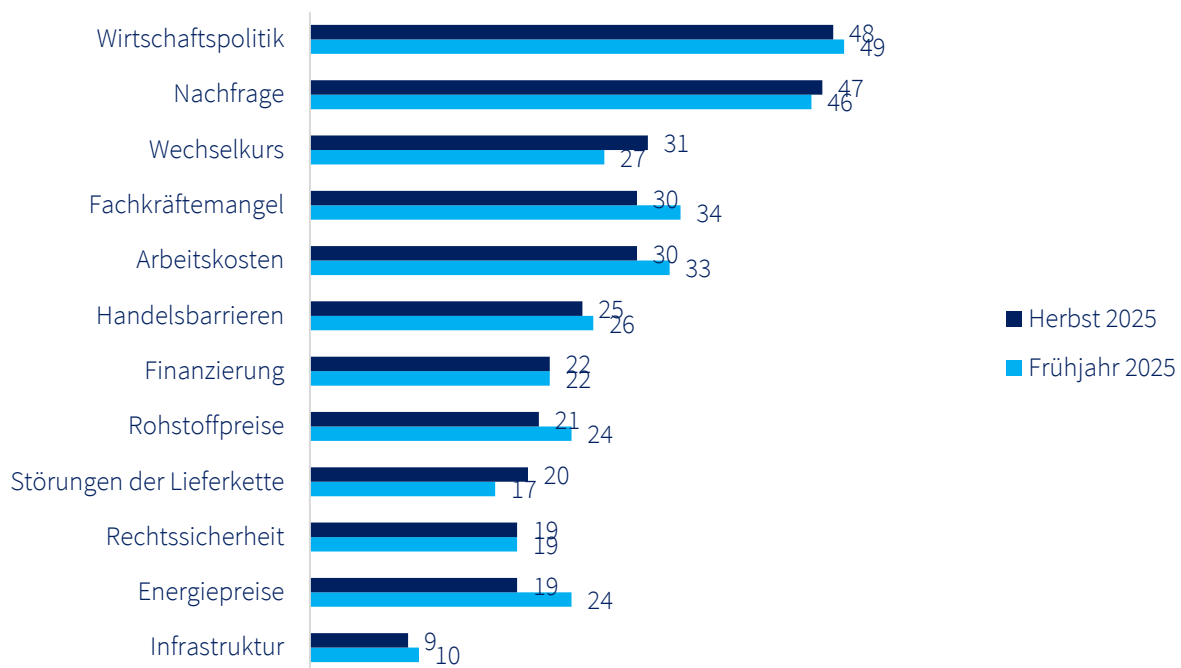
Risiken für deutsche Unternehmen im Ausland

Die Weltwirtschaft wächst moderat, auch wenn es an Dynamik fehlt. Unternehmen sehen sich weiterhin mit einer Vielzahl konjunktureller Risiken konfrontiert – etwa einer schwachen Nachfrage, wechsellkursbedingten Unsicherheiten und unklaren wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Zudem sorgt die handelspolitische Unsicherheit weiterhin für eine eingeschränkte Planbarkeit bei den Geschäftstätigkeiten der Unternehmen.

Das häufigste Geschäftsrisiko bleiben die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (48 Prozent, Frühjahr 2025: 49 Prozent, langjähriger Schnitt 46 Prozent). Auch das Nachfragerisiko steigt leicht gegenüber dem Frühjahr an, es beschäftigt ebenfalls knapp die Hälfte der Unternehmen (47 Prozent nach zuvor 46 Prozent). Die Konsumbereitschaft ist auf vielen Märkten zurückhaltend. Auffällig ist die Zunahme beim nunmehr dritthäufigsten Geschäftsrisiko: Der Wechselkurs ist für 31 Prozent (nach zuvor 27 Prozent) der Unternehmen eine Herausforderung. Die deutliche Abwertung des US-Dollars innerhalb dieses Jahres ist dabei auch vor allem ein weltwirtschaftliches Thema. Rückläufig sind strukturelle Risiken wie Energiepreise (19 nach zuvor 24 Prozent), Rohstoffpreise (21 nach zuvor 24), Arbeitskosten (30 nach zuvor 33 Prozent) sowie der Fachkräftemangel (30 Prozent nach zuvor 34 Prozent).

Geschäftsrisiken der Unternehmen in den kommenden zwölf Monaten

(in Prozent, Mehrfachantworten möglich)



Betrachtet man die verschiedenen Branchen, zeigt sich ein differenzierteres Bild: Die Nachfrage gilt bei den Industrie- und Bauunternehmen als das größte Risiko (49 Prozent), gefolgt von den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (45 Prozent). Im Dienstleistungssektor hingegen überwiegen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen deutlich (50 Prozent; Nachfrage: 44 Prozent). Bei Handelsunternehmen liegen diese beiden Risiken gleichauf bei 48 Prozent, gefolgt vom Wechselkursrisiko (41 Prozent).

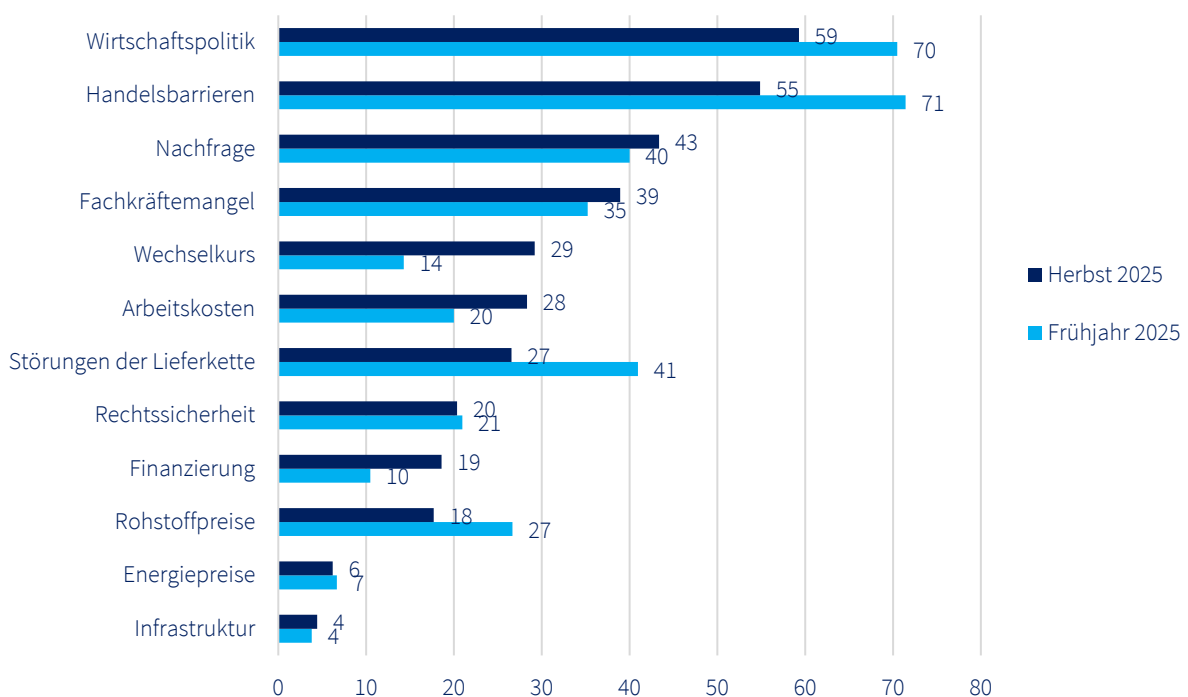
Auch beim Blick in die Regionen zeigen sich deutliche Unterschiede. In **Nordamerika** werden wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen im weltweiten Vergleich am häufigsten als Risiko genannt. Für fast zwei Drittel der Unternehmen (64 Prozent nach zuvor 73 Prozent) bleibt die Wirtschaftspolitik dort ein Geschäftsrisiko. In Nordamerika sehen zudem die Hälfte der Unternehmen (50 Prozent nach 57 Prozent) Handelsbarrieren als zentrales Risiko für ihre Geschäftstätigkeit. Während die politischen Risiken im Vergleich zum Frühjahr zwar sinken,

bleiben sie im internationalen Vergleich weiterhin überdurchschnittlich. Die mangelnde Nachfrage wird hier von 45 Prozent der Unternehmen genannt.

Besonders in den **USA** sind die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen mit 59 Prozent eines der häufigsten Geschäftsrisiken, 55 Prozent sehen Handelsbarrieren beziehungsweise die Bevorzugung einheimischer Unternehmen als Belastung. Zusätzlich zu der weiterhin schwer berechenbaren Handels- und Zollpolitik wirken vor allem bestehende Marktzugangsbarrieren – etwa im Bereich der öffentlichen Beschaffung – risikoverstärkend. Die neue Unwägbarkeit, welche aktuell durch die US-Handelspolitik besonders verstärkt wird ist das Wechselkursrisiko (29 nach zuvor 14 Prozent). Als Leitwährung spielt die Entwicklung des US-Dollars für Unternehmen weltweit eine enorm große Rolle. Der Wertverlust des US-Dollars schwächt nicht nur den Dollar als weltweite Leitwährung, er macht US-Exporte im globalen Wettbewerb auch preislich wettbewerbsfähiger – eine gezielte Nebenwirkung der US-Handelspolitik. Strukturelle Risiken wie der Fachkräftemangel, der in den USA traditionell ein großes Geschäftsrisiko darstellt, aber auch die Arbeitskosten gewinnen indes aktuell im Vergleich wieder an Bedeutung.

Geschäftsrisiken der Unternehmen in den USA in den kommenden zwölf Monaten

(in Prozent, Mehrfachantworten möglich)



Die engen wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Kanada bzw. Mexiko und den USA werden durch die Zollpolitik besonders belastet. In **Kanada** steigt das Risiko der Handelsbarrieren im Vergleich zum Frühjahr weiter von 59 auf aktuell 62 Prozent, in **Mexiko** ist der Anstieg sogar noch stärker (von 26 auf jetzt 38 Prozent). Insbesondere die Neuverhandlung des USMCA spielt dabei eine wichtige Rolle. Auch die Störungen in der Lieferkette steigen in Kanada deutlich als Geschäftsrisiko von 24 auf 31 Prozent.

In der **Europäischen Union** sehen 60 Prozent der Unternehmen die Nachfrage als größtes Risiko. Das sind sechs Prozentpunkte mehr als noch in der Vorumfrage. Leicht angestiegen ist erneut die Bedeutung der Wirtschaftspolitik als zweitgrößtes Geschäftsrisiko: 51 Prozent der Unternehmen nennen sie als Risiko, nach 49 Prozent in der Vorumfrage. Mit den Vereinigten Staaten als größten Handelspartner ist die EU von den Folgen der US-Handelspolitik besonders betroffen.

In der **Asien-Pazifik-Region** nennen 51 Prozent der Unternehmen die schwache Nachfrage als größtes Geschäftsrisiko – ein Anstieg um zwei Prozentpunkte gegenüber der Vorumfrage. Deutlich zugenommen hat auch die Bedeutung des Wechselkursrisikos, das nun für 46 Prozent der Betriebe eine Herausforderung darstellt. Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen werden dagegen etwas seltener als Risiko genannt (42 Prozent

nach zuvor 44 Prozent). In Indien sehen inzwischen mehr als die Hälfte der Unternehmen (53 Prozent nach 38 Prozent) Wechselkursveränderungen als zentrales Geschäftsrisiko für ihre Aktivitäten. Die Abwertung der indischen Rupie gegenüber dem US-Dollar verteuert dort die Importkosten.

Die Unternehmen in der Region **Greater China** (China, Taiwan, Hong Kong) nennen erneut die Nachfrage als größtes Risiko (73 nach zuvor 71 Prozent), gefolgt von wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (46 zuvor 43 Prozent) und Handelsbarrieren (41 zuvor 43 Prozent). Die schwache Binnenkonjunktur in China sowie der Zollkonflikt und die zunehmende Entkopplung zwischen China und den USA sind auch hier die Hauptursachen für diese Entwicklung.

In **Süd- und Mittelamerika** sehen sich die Unternehmen weiterhin in hohem Maße mit unsicheren wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen konfrontiert. Insgesamt nennen 53 Prozent dieses Risiko (nach 55 Prozent im Vorjahr), der Trend ist damit leicht rückläufig. Eine Zunahme zeigt sich jedoch insbesondere in Argentinien und Brasilien – dort steigt der Anteil der Nennungen deutlich auf 73 Prozent (nach 47 Prozent) beziehungsweise 49 Prozent (nach 36 Prozent). Der Befragungszeitraum fiel in die Zeit des Wahlkampfs in Argentinien und hat damit vermutlich einen großen Einfluss auf die Einschätzung des wirtschaftspolitischen Risikos.

In **Afrika, Nah- und Mittelost** bewerten die Unternehmen neben der Wirtschaftspolitik auch die Wechselkursentwicklung als zentrale Geschäftsrisiken. Beide Risikofaktoren haben sich im Vergleich zum Frühjahr leicht verringert (Wirtschaftspolitik: 40 nach 41 Prozent; Wechselkurse: 37 nach 41 Prozent). Finanzierungsfragen spielen ebenfalls eine geringere Rolle (34 nach 37 Prozent) als noch zuletzt. Dagegen nimmt das Nachfragerisiko leicht zu – von 30 auf 33 Prozent. In **Subsahara-Afrika** steigt insbesondere das Risiko im Bereich Wirtschaftspolitik deutlich an – von 55 auf 62 Prozent. Finanzierungsprobleme bleiben ebenfalls ein bedeutendes Risiko, gehen aber leicht zurück (46 nach 50 Prozent). Deutlich zugenommen hat dagegen die Bedeutung von Lieferkettenstörungen, die nun 32 statt zuvor 27 Prozent der Unternehmen als Risiko nennen.

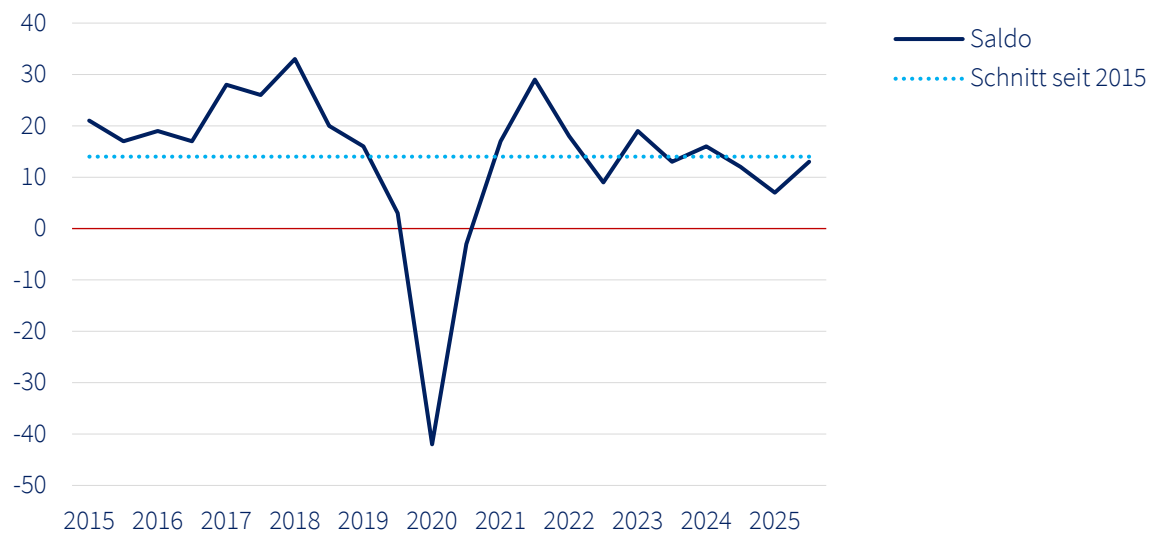
Darüber hinaus hatten die Unternehmen die Möglichkeit weitere Risiken in einem Freitextfeld hinzuzufügen. Dabei wurde vor allem der zunehmende Wettbewerbsdruck durch staatlich gefördertes Preisdumping aus China sowie die Konkurrenz aus Asien als zusätzliche Geschäftsrisiken genannt. Weitere Herausforderungen betreffen die digitale Transformation und den technologischen Wandel, insbesondere im Bereich Künstlicher Intelligenz. Politische Unsicherheiten im Inland oder der Region sowie vereinzelt Korruption und Kriminalität wurden als relevante Risikofaktoren benannt. Auch Bürokratie, Überregulierung in Form von Nachhaltigkeitsvorgaben werden außerdem als geschäftlich unsicheres Terrain genannt.

Investitionspläne der Unternehmen

Deutsche Unternehmen zeigen sich an ihren internationalen Standorten wieder etwas investitionsfreudiger. 29 Prozent planen in den kommenden zwölf Monaten höhere Investitionen (Frühjahr 2025: 28 Prozent), während 16 Prozent ihren Kapitaleinsatz reduzieren wollen (Frühjahr 2025: 21 Prozent). Mehr als die Hälfte der Unternehmen beabsichtigt, das Investitionsniveau beizubehalten. Der Saldo aus steigenden und sinkenden Investitionsplänen verbessert sich damit von sieben auf 13 Punkte und liegt nur knapp unter dem langjährigen Durchschnitt von 14 Punkten. Der Kapitaleinsatz deutscher Unternehmen im Ausland gewinnt somit wieder an Fahrt, die Pläne über-treffen sogar leicht das Niveau des Vorjahres (Herbst 2024: 12 Punkte).

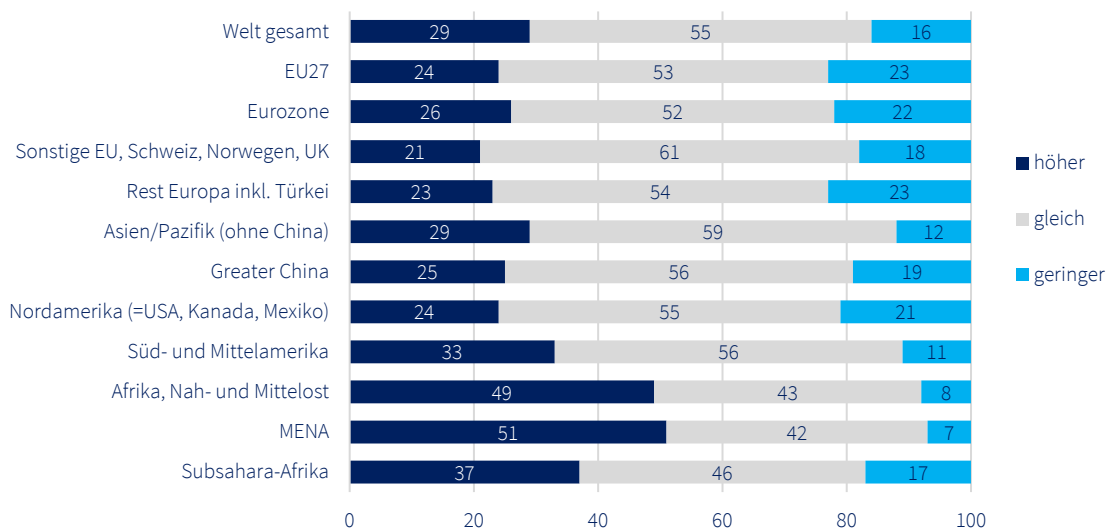
Investitionsabsichten der Unternehmen

(Saldo aus „höher“ minus „geringer“-Antworten in Punkten)



Investitionsabsichten der Unternehmen

(Anteil der Nennungen in Prozent)

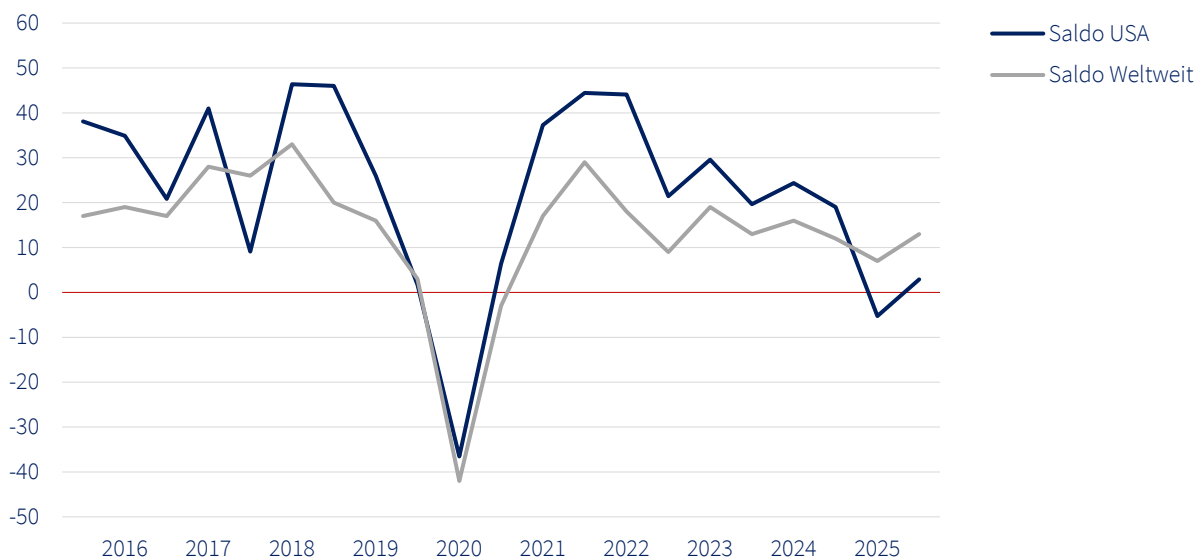


In **Nordamerika** planen 24 Prozent der Unternehmen im kommenden Jahr mehr zu investieren, 21 Prozent beabsichtigen ihre Investitionen vor Ort zu verringern. Es deutet sich damit zwar eine Aufwärtsbewegung beim Kapitaleinsatz an, der Saldo liegt mit plus drei Punkten aber weiterhin weit vom langjährigen Durchschnitt von plus 20 Punkten entfernt.

Auch in den **USA** bleiben die Investitionsabsichten deutscher Unternehmen verhalten: Die Pläne liegen unter dem globalen Durchschnitt. Gegenüber dem Frühjahr, d. h. nach dem sogenannten Liberation Day, zeigt sich jedoch eine leichte Erholung. 24 Prozent der Unternehmen wollen im kommenden Jahr ihre Investitionen erhöhen, 21 Prozent planen zurückzufahren. Der Saldo verbessert sich leicht von minus fünf auf plus drei Punkte. Trotz der jüngsten Einigung zwischen der EU und den USA, die neue Investitionszusagen mit sich brachte, bleibt die tatsächliche Investitionsbereitschaft hinter den Erwartungen zurück. Vom langjährigen Durchschnittswert von 24 Punkten sind die Investitionspläne deutlich entfernt. Dies zeigt, dass die Unsicherheit über handelspolitische Rahmenbedingungen, als auch über den Standort USA, weiterhin die Investitionsbereitschaft der deutschen Unternehmen vor Ort bremst.

Investitionsabsichten deutscher Unternehmen weltweit und in den USA

(Saldo in Punkten)



In **Kanada** planen 14 Prozent der deutschen Unternehmen höhere Investitionen im kommenden Jahr, während 28 Prozent ihre Investitionen reduzieren wollen. Der Saldo verbessert sich damit von minus 30 auf minus 15 Punkte. Der langjährige Durchschnitt liegt bei plus fünf Punkten.

In **Mexiko** hingegen hat sich die Investitionsstimmung spürbar aufgehellt. 28 Prozent der Unternehmen beabsichtigen, ihre Investitionen auszuweiten, nur 15 Prozent wollen sie zurückfahren. Der Saldo dreht damit deutlich ins Positive – von minus 21 auf plus 14 Punkte. Mexiko profitiert aktuell stark vom globalen Trend zum Nearshoring und seiner geografischen Nähe zu den USA. Aufgrund der engen volkswirtschaftlichen Verflechtungen mit den USA, bleibt Mexiko trotz des Handelskonflikts als Lieferant für die USA unverzichtbar. Unternehmen finden hier ein junges, produktives Arbeitskräfteangebot. Staatliche Investitionsanreize, Infrastrukturprojekte sowie Fortschritte beim modernisierten EU-Handelsabkommen machen das Land zusätzlich zu einem gefragten Standort für deutsche Unternehmen.

Die **EU** kann bislang kaum von der unter dem Strich belastenden US-Handels- und Wirtschaftspolitik Nutzen ziehen. Zu wenige Anreize für Investitionen, zu langsam ist die Umsetzung einer spürbaren Entlastung der Unternehmen beim Thema Bürokratie. Knapp ein Viertel (24 Prozent) der Betriebe plant, ihre Investitionen im kommenden Jahr aufzustocken, mehr als ein Fünftel der Unternehmen (23 Prozent) beabsichtigt indes, die Investitionen zu verringern. Der Saldo liegt somit bei nur einem Punkt und verliert vier Punkte im Vergleich zur

Vorumfrage. Trotz zunehmender Unsicherheit im transatlantischen Handel und einzelner Verlagerungstendenzen innerhalb des EU-Binnenmarktes bleibt ein breiter Investitionsimpuls bislang aus. Die EU verliert als Standort sogar weiter an Attraktivität. Die überbordende Bürokratie ist abschreckend für Unternehmen. Das scheint schwerer zu wiegen als die Vorteile durch den Marktzugang zum großen Europäischen Binnenmarkt.

In der **Asien-Pazifik-Region** (ohne Greater China) haben sich die Investitionspläne der deutschen Unternehmen für die kommenden zwölf Monate leicht verschlechtert. 29 Prozent der Betriebe planen höhere Investitionen, während zwölf Prozent ihre Ausgaben reduzieren wollen. Der Saldo sinkt geringfügig von 18 auf 17 Punkte.

Auch in **Subsahara-Afrika** zeigt sich eine leicht rückläufige Investitionsbereitschaft. 37 Prozent der dort aktiven Unternehmen planen, ihre Investitionen auszuweiten, 17 Prozent wollen sie verringern. Der Saldo geht entsprechend von 22 auf 20 Punkte zurück.

In **Greater China** hat sich die Investitionsbereitschaft deutscher Unternehmen im Vergleich zum Frühjahr deutlich verbessert (plus sechs Punkte nach zuvor minus 15 Punkte). Trotz der aktuell trüben Stimmung planen Unternehmen in **China** wieder mit deutlich expansiveren Investitionsbudgets: Mehr als jedes vierte Unternehmen (26 Prozent) will seine Investitionen in den kommenden zwölf Monaten erhöhen. Unternehmen planen hier die eigene Position im chinesischen Markt mittelfristig zu festigen oder sogar auszubauen. Dies geschieht, um den Anschluss in führenden Branchen zu erhalten und andererseits aber auch, um die beträchtliche Innovationskraft Chinas für die globale Positionierung zu nutzen. Nicht zuletzt ist der dortige Marktzugang an lokale Produktion geknüpft. In **Taiwan** und **Hongkong** hingegen gehen die Investitionsabsichten erneut zurück.

Ähnlich wie im weltweiten Durchschnitt planen 33 Prozent der Unternehmen in **Süd- und Mittelamerika** höhere Investitionen an ihren Standorten. Der Saldo der Investitionsabsichten bleibt stabil bei 22 Punkten.

In der **MENA-Region** hat sich die Investitionsbereitschaft deutlich aufgehellt. Rund die Hälfte der Unternehmen (51 Prozent) beabsichtigt, ihre Investitionen vor Ort zu erhöhen – deutlich mehr als im globalen Durchschnitt (29 Prozent). In der Gesamtregion **Afrika, Nah- und Mittelost** planen 49 Prozent der Unternehmen, ihre Investitionen in den kommenden zwölf Monaten auszuweiten. Das ist im weltweiten Vergleich ein sehr hoher Wert.

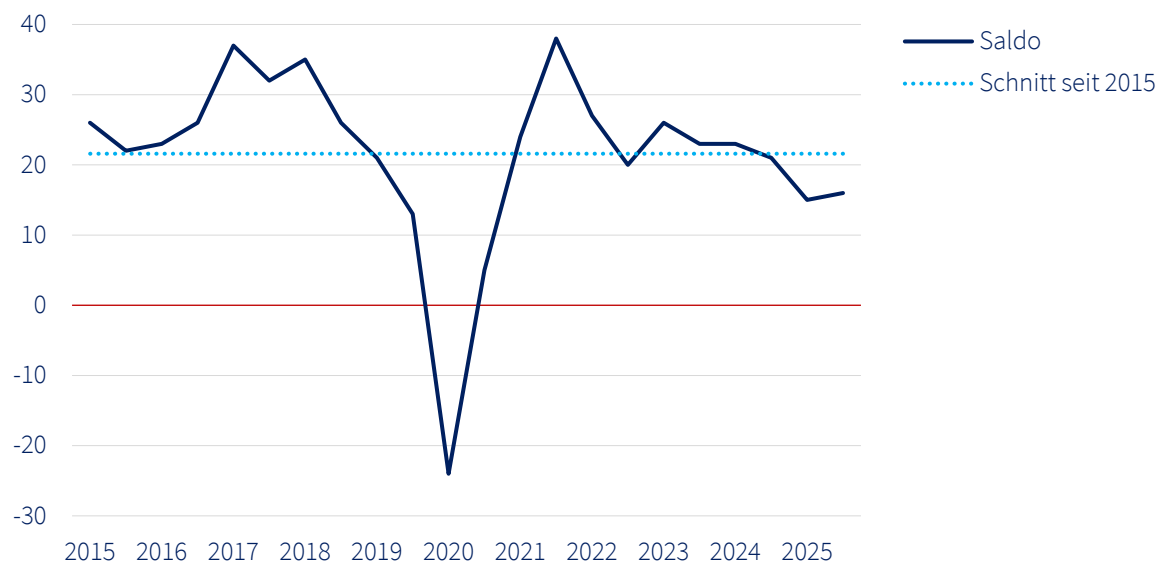
Beschäftigungsabsichten

Der moderat zuversichtliche Blick auf die künftige Konjunktorentwicklung spiegelt sich auch in den Beschäftigungsplänen deutscher Unternehmen im Ausland wider. Mehr Klarheit und Planungssicherheit – wenn auch unter merklich veränderten Rahmenbedingungen – bringen etwas bessere Beschäftigungspläne.

33 Prozent der Unternehmen planen, ihren Personalbestand in den kommenden zwölf Monaten zu erhöhen, 17 Prozent reduzieren die Anzahl der Belegschaften. Der Saldo aus steigender und sinkender Beschäftigung verbessert sich damit leicht von 15 auf 16 Punkte. Trotz dieser positiven Entwicklung bleiben die Personalpläne hinter dem Vorjahresniveau (Herbst 2024: 21 Punkte) und dem langjährigen Durchschnitt von 22 Punkten zurück.

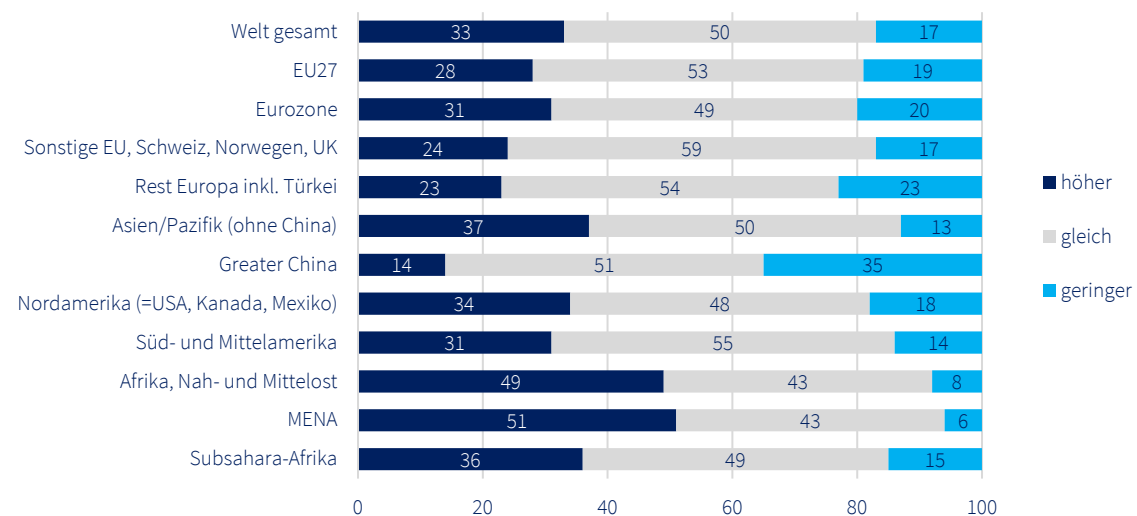
Beschäftigungsabsichten der Unternehmen

(Saldo aus „höher“ minus „geringer“-Meldungen in Punkten)



Beschäftigungsabsichten der Unternehmen

(Anteil der Nennungen in Prozent)



Weltweit steigen die Beschäftigungsabsichten deutscher Unternehmen im Ausland wieder leicht an. Beim Blick auf die einzelnen Regionen zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede.

Am stärksten fällt die Einstellungsbereitschaft in der **MENA-Region** aus. 51 Prozent der Unternehmen planen, ihren Personalbestand im kommenden Jahr zu erhöhen, nur sechs Prozent rechnen mit Einschränkungen. Der Saldo steigt von 37 auf 45 Punkte – bleibt jedoch hinter der Dynamik früherer Jahre zurück.

In **Nordamerika** verbessern sich die Beschäftigungsaussichten insgesamt. Die Pläne erreichen mit 16 Punkten ein ähnliches Niveau wie im weltweiten Durchschnitt.

Besonders deutlich fällt die Aufhellung in **Mexiko** aus: Knapp ein Drittel der Unternehmen will im kommenden Jahr neue Mitarbeitende einstellen, 12 Prozent planen Stellenabbau. Der Saldo steigt dort spürbar. Wegen des erleichterten US-Marktzugangs durch das USMCA, vorteilhafter Arbeitskosten und Investitionsanreizen ist der Produktionsaufbau aktuell in Mexiko ein Grund für optimistische Beschäftigungspläne der deutschen Unternehmen vor Ort.

Auch in den **USA** zeigen sich die Unternehmen zuversichtlicher als im Frühjahr. 36 Prozent planen zusätzliche Einstellungen, 19 Prozent müssen Personal reduzieren. Der Saldo verbessert sich von 12 auf 17 Punkte, bleibt aber deutlich hinter dem langjährigen Durchschnitt (35 Punkte).

In **Kanada** hingegen trüben sich die Beschäftigungsperspektiven ein: Nur noch 10 Prozent der Unternehmen planen Beschäftigungsaufbau, 21 Prozent erwarten einen Stellenabbau.

In **Süd- und Mittelamerika** bleiben die Beschäftigungsabsichten deutscher Unternehmen unverändert auf dem Niveau des Frühjahrs. Der Saldo liegt bei plus 17 Punkten. Besonders optimistisch zeigen sich Betriebe in Paraguay und Uruguay, während Unternehmen in Brasilien und Argentinien ihre Einstellungspläne zurücknehmen.

In **Subsahara-Afrika** hingegen trübt sich das ansonsten positive Bild ein. Nur noch 36 Prozent der Unternehmen planen Beschäftigung aufzustocken, 15 Prozent rechnen mit einem Stellenabbau. Der Saldo sinkt deutlich um sieben Punkte auf nunmehr 21 Punkte. Er liegt damit jedoch deutlich über dem Saldo im Vorjahr von acht Punkten.

In **Greater China** gehen die Beschäftigungsabsichten im Vergleich zur Vorumfrage deutlich zurück. Lediglich 14 Prozent der Unternehmen wollen ihre Belegschaft aufstocken, während 35 Prozent die Belegschaft verringern wollen. Der Saldo fällt ab in den negativen Bereich – von minus vier auf minus 21 Punkte.

Vor dem Hintergrund der aktuell trüben Konjunktur in **China** verringern sich die Beschäftigungspläne der Unternehmen dort (Saldo minus 26 nach minus vier Punkten). Beschäftigungsentscheidungen werden in China traditionell eher längerfristig getroffen. So lange noch kein Aufwärtstrend bei der konjunkturellen Entwicklung vor Ort zu erkennen ist, bleiben Unternehmen sehr zurückhaltend bei Ihren Plänen neues Personal an sich zu binden.

Auch in **Hongkong** verschlechtern sich die Erwartungen weiter. In **Taiwan** hingegen hellen sich die Perspektiven auf: Ein Drittel der Unternehmen plant, den Personalbestand im kommenden Jahr zu erhöhen. Der Saldo nimmt dort deutlich zu – von fünf auf aktuell 33 Punkte.

Statistischer Anhang

Auswertung der Ergebnisse nach Ländern

Jeweils Saldo aus gut/besser-Antworten minus schlecht/geringer-Antworten

	Aktuelle Geschäftslage	Geschäfts- erwartungen	Konjunkturerwar- tungen vor Ort	Investitionsab- sichten	Beschäftigungs- absichten
Welt gesamt	25	34	2	13	16
EU27	23	21	-16	1	9
Eurozone	24	25	-13	4	11
Finnland	4	42	-4	27	4
Frankreich	-3	23	-26	0	10
Griechenland	51	57	1	33	27
Italien	26	24	-4	9	12
Niederlande	50	21	-4	-17	-8
Österreich	28	8	-25	-24	3
Portugal	8	25	-4	23	21
Slowakei	11	-12	-61	-42	-15
Slowenien	16	11	-30	-23	-15
Spanien	29	29	-6	20	23
Sonstige EU, Schweiz, Norwe- gen, UK	21	17	-21	3	7
Bulgarien	43	17	-14	18	21
Rumänien	39	9	-28	-10	6
Schweden	25	45	3	-3	15
Schweiz	33	19	-4	13	15
Tschechien	22	17	-5	-6	17
Ungarn	8	3	-27	-10	-1
Vereinigtes Königreich	18	25	-28	18	9
Ost-/Südosteuropa (ohne EU), Türkei	20	17	-21	0	0
Aserbaidshan	46	71	33	9	33
Bosnien und Herzegowina	26	37	-11	24	5
Kosovo	63	78	5	13	26
Nordmazedonien	33	15	8	3	8
Türkei	13	7	-30	-8	-11
Ukraine	42	21	-16	29	16
Weißrussland (Belarus)	7	9	-35	-9	16
Asien/Pazifik (ohne Greater China)	22	41	15	17	24
Indien	42	48	41	21	34
Indonesien	26	52	-4	20	17
Japan	7	39	5	28	29
Kasachstan	31	31	23	0	14
Korea, Süd	-36	14	-36	6	-23
Malaysia	29	42	25	19	35
Philippinen	39	39	12	21	22
Singapur	-4	20	-2	-8	0

	Aktuelle Geschäftslage	Geschäfts- erwartungen	Konjunkturerwar- tungen vor Ort	Investitionsab- sichten	Beschäftigungs- absichten
Sri Lanka	55	70	55	26	23
Thailand	9	32	-21	-2	7
Vietnam	12	52	8	52	12
Greater China	-5	9	-22	6	-21
Hong Kong, SAR	4	27	0	-21	-19
Taiwan	0	21	-4	-10	33
China	-5	7	-25	12	-26
Nordamerika	25	26	-7	3	16
Kanada	52	21	-34	-15	-10
Mexiko	19	44	-13	14	21
USA	24	24	-4	3	17
Süd- und Mittelamerika	35	47	5	22	17
Argentinien	42	27	22	19	15
Bolivien	3	37	-15	6	-9
Brasilien	35	41	-5	15	11
Costa Rica	55	66	22	37	27
Ecuador	36	60	20	54	28
Paraguay	65	70	70	57	57
Uruguay	54	60	-3	43	31
Afrika, Nah- und Mittelost	49	61	41	41	41
MENA	54	62	45	44	45
Subsahara-Afrika	17	58	20	20	21
Ägypten	54	64	46	52	46
Irak	85	67	59	64	61
Israel	59	80	63	62	48
Katar	52	55	24	29	14
Kenia	0	37	-16	19	-5
Marokko	32	68	43	35	54
Nigeria	26	72	45	41	40
Oman	10	50	15	28	-10
Pakistan	51	58	36	40	10
Saudi-Arabien	55	50	50	29	53
Tunesien	4	30	-4	9	39
Vereinigte Arabische Emirate	61	56	36	31	38

Geschäftsrisiken für deutsche Unternehmen im Ausland

in Prozent, Mehrfachnennung möglich

	Nachfrage	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Wechselkurs	Energiepreise	Rohstoffpreise	Rechtssicherheit	Wirtschaftspolitik	Infrastruktur	Handelsbarrieren	Störungen der Lieferkette
Weltweit	47	22	30	30	31	19	21	19	48	9	25	20
EU27	60	16	44	36	13	28	19	20	51	9	18	15
Eurozone	57	15	40	40	3	26	17	15	56	8	17	14
Finnland	75	25	25	29	4	8	13	4	46	4	33	13
Frankreich	74	13	29	35	3	10	6	16	74	3	13	13
Griechenland	43	33	32	43	0	39	26	7	41	14	13	22
Italien	61	8	24	39	4	27	14	7	49	5	18	15
Niederlande	43	13	35	35	4	43	17	9	48	13	35	22
Österreich	69	9	51	20	6	20	14	14	66	3	11	20
Portugal	43	4	52	35	0	17	30	4	39	0	30	17
Slowakei	56	15	64	44	1	28	14	31	72	9	12	6
Slowenien	54	11	48	43	4	35	19	15	52	11	15	11
Spanien	62	14	30	46	3	11	16	19	70	3	17	14
Sonstige EU, Schweiz, Norwegen, UK	61	17	46	30	21	28	20	26	46	11	20	15
Bulgarien	45	7	67	55	0	12	17	31	43	19	14	14
Rumänien	61	20	44	29	18	43	28	27	61	16	16	24
Schweden	68	20	18	18	13	13	20	10	33	8	40	10
Schweiz	63	7	30	44	22	26	11	19	67	19	11	11
Tschechien	51	7	56	37	34	41	22	17	32	12	15	12
Ungarn	68	20	52	30	30	31	20	30	42	5	18	14
Vereinigtes Königreich	38	12	24	10	0	8	14	32	58	18	28	12
Ost-/Südosteuropa (ohne EU), Türkei	34	28	42	44	32	20	18	27	50	8	18	25
Aserbaidshjan	23	41	18	27	32	27	36	18	41	9	41	32
Bosnien und Herzegowina	32	32	37	74	11	37	32	53	63	16	21	32
Kosovo	21	37	37	68	5	47	26	21	53	21	11	21
Nordmazedonien	41	26	46	62	5	33	23	21	28	10	13	23
Türkei	25	42	66	19	74	13	15	38	57	2	13	9
Ukraine	42	16	42	58	26	5	5	21	32	16	0	26
Weißrussland (Belarus)	47	12	26	35	26	2	5	19	65	2	26	44
Asien/Pazifik (ohne Greater China)	51	17	25	32	46	15	25	12	42	8	36	25
Indien	46	13	15	30	53	11	28	8	45	11	48	22
Indonesien	43	35	13	22	57	13	13	26	57	22	39	35
Japan	43	12	20	29	84	16	30	1	19	3	15	20
Kasachstan	37	17	43	40	74	11	11	11	26	9	20	31
Korea, Süd	59	18	50	18	64	9	18	14	23	0	50	9
Malaysia	67	15	27	37	28	13	21	4	42	4	39	25
Philippinen	35	25	29	35	29	29	29	37	55	22	29	31

	Nachfrage	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Wechselkurs	Energiepreise	Rohstoffpreise	Rechtssicherheit	Wirtschaftspolitik	Infrastruktur	Handelsbarrieren	Störungen der Lieferkette
Singapur	76	6	32	22	26	6	32	2	44	2	52	22
Sri Lanka	23	21	21	47	45	30	28	15	53	13	38	38
Thailand	71	14	14	25	21	11	23	21	61	2	38	21
Vietnam	64	28	28	32	20	8	28	16	48	8	32	16
Greater China	73	11	14	12	25	3	10	7	46	0	41	17
Hongkong	62	15	15	19	8	8	19	0	38	0	46	31
Taiwan	71	13	4	21	21	0	17	4	50	0	29	0
China	79	9	18	5	35	2	4	12	47	0	44	18
Nordamerika	45	14	20	28	30	6	16	23	64	7	50	25
Kanada	48	3	10	14	41	7	28	10	62	7	62	31
Mexiko	46	12	10	15	25	4	9	32	74	12	38	21
USA	43	19	28	39	29	6	18	20	59	4	55	27
Süd- und Mittelamerika	40	26	24	22	44	9	18	26	53	14	13	17
Argentinien	61	21	12	9	58	6	6	24	73	18	18	9
Bolivien	36	35	18	7	86	17	34	39	69	7	14	38
Brasilien	36	17	32	35	33	5	14	38	49	14	14	14
Costa Rica	39	35	32	21	38	12	12	5	48	17	11	2
Ecuador	32	16	8	12	20	4	12	48	72	16	8	20
Paraguay	26	26	17	17	26	4	22	22	35	22	13	4
Uruguay	44	23	42	34	30	6	13	3	23	7	8	13
Afrika, Nah- und Mittelost	33	34	21	26	37	23	26	15	40	9	26	23
MENA	33	32	22	27	36	24	26	15	36	7	24	21
Subsahara-Afrika	35	46	20	22	44	17	24	12	62	22	33	32
Ägypten	29	35	24	33	48	34	29	16	31	6	19	21
Irak	31	29	13	13	29	18	13	24	33	13	22	2
Israel	20	37	27	24	25	5	22	5	36	5	15	14
Katar	50	32	11	25	4	0	4	11	32	4	36	32
Kenia	32	47	21	5	37	0	16	16	74	0	42	21
Marokko	39	25	4	29	14	14	29	21	21	7	25	7
Nigeria	30	47	28	17	45	28	32	4	60	30	30	45
Oman	42	47	37	42	11	16	37	11	37	11	32	21
Pakistan	37	21	3	8	47	34	16	11	68	8	32	32
Saudi-Arabien	23	48	23	38	23	8	28	25	35	10	28	18
Tunesien	70	13	43	22	17	26	26	22	52	13	22	22
Vereinigte Arabische Emirate	44	21	26	20	29	20	30	11	41	3	38	33

Spüren die Unternehmen Auswirkungen der US-Handelspolitik für das Geschäft vor Ort? in Prozent

	stark negativ	negativ	keine	positiv	Insgesamt Negativ Herbst 2025	Insgesamt Negativ Frühjahr 2025
Welt	8	36	52	4	44	60
EU27	4	39	56	1	44	61
Eurozone	5	42	52	1	47	66
Finnland	4	50	46	0	54	-
Frankreich	3	32	61	3	35	67
Griechenland	3	24	74	0	26	52
Italien	5	51	42	1	57	77
Niederlande	8	54	33	4	63	84
Österreich	3	33	61	3	36	63
Portugal	0	42	54	4	42	64
Slowakei	7	48	44	1	55	58
Slowenien	4	48	48	0	52	46
Spanien	6	48	44	2	54	86
Sonstige EU, Schweiz, Norwegen, UK	5	35	59	1	40	53
Bulgarien	0	33	67	0	33	61
Rumänien	4	34	62	0	38	62
Schweden	3	53	45	0	55	62
Schweiz	15	26	56	4	41	73
Tschechien	2	32	66	0	34	48
Ungarn	5	35	60	0	40	55
Vereinigtes Königreich	8	33	54	6	40	63
Ost-/Südosteuropa (ohne EU), Türkei	6	28	65	1	34	49
Aserbaidschan	4	17	71	8	21	39
Bosnien und Herzegowina	0	26	74	0	26	44
Kosovo	0	32	68	0	32	52
Nordmazedonien	8	10	83	0	18	42
Türkei	6	46	48	0	52	51
Ukraine	5	16	79	0	21	73
Weißrussland (Belarus)	12	37	51	0	49	28
Asien/Pazifik (ohne Greater China)	9	43	45	3	51	61
Indien	8	47	43	2	55	53
Indonesien	0	39	61	0	39	61
Japan	7	42	49	1	49	75
Kasachstan	6	23	66	6	29	29
Korea, Süd	18	55	23	5	73	89
Malaysia	9	45	43	3	54	58
Philippinen	10	29	55	6	39	51
Singapur	10	56	30	4	66	93

	stark negativ	negativ	keine	positiv	Insgesamt Negativ Herbst 2025	Insgesamt Negativ Frühjahr 2025
Sri Lanka	9	36	51	4	45	71
Thailand	9	41	46	4	50	64
Vietnam	12	44	40	4	56	57
Greater China	13	56	29	2	69	72
Hong Kong, SAR	27	38	35	0	65	64
Taiwan	17	54	29	0	71	71
China	5	65	26	4	70	76
Nordamerika	23	54	18	5	76	86
Kanada	21	59	14	7	79	86
Mexiko	24	51	19	6	75	88
USA	23	54	19	4	76	86
Süd- und Mittelamerika	8	34	51	6	42	58
Argentinien	0	38	56	6	38	53
Bolivien	3	26	66	4	29	39
Brasilien	7	30	55	7	37	50
Costa Rica	23	50	24	3	73	80
Ecuador	4	32	60	4	36	45
Paraguay	13	35	43	9	48	60
Uruguay	1	24	68	7	25	40
Afrika, Nah- und Mittelost	8	25	60	7	33	57
MENA	8	23	61	8	31	55
Subsahara-Afrika	8	36	55	2	44	63
Ägypten	7	20	62	11	27	60
Irak	22	18	56	4	40	43
Israel	2	13	77	9	14	-
Katar	10	28	62	0	38	58
Kenia	5	53	42	0	58	-
Marokko	11	22	56	11	33	36
Nigeria	9	26	62	4	34	62
Oman	20	20	60	0	40	58
Pakistan	0	23	62	15	23	62
Saudi-Arabien	3	35	63	0	38	68
Tunesien	9	35	52	4	43	43
Vereinigte Arabische Emirate	9	43	45	3	52	60

Welche Aspekte der US-Wirtschaftspolitik beeinflussen die Unternehmen aktuell am stärksten?

(in Prozent, Mehrfachnennung möglich, nur Unternehmen mit US-Geschäft)

	Zoll	Exportkontrollen	Sanktionen	Wettbewerbsdruck	Unternehmenskultur / Werte	Standortpolitik der USA	Industriepolitik, Local-Content-Vorgaben	Anderere
Welt	66	19	13	24	11	19	16	8
EU27	75	15	7	21	10	18	16	5
Eurozone	72	15	8	26	15	22	19	4
Griechenland	54	0	15	23	23	15	15	8
Italien	77	23	3	32	16	19	16	0
Niederlande	64	18	0	9	27	18	27	0
Österreich	58	8	0	25	33	25	17	17
Slowakei	82	9	9	14	14	23	18	9
Slowenien	75	19	13	44	6	13	13	0
Spanien	78	22	13	17	4	35	17	4
Sonstige EU, Schweiz, Norwegen, UK	79	16	8	16	5	14	14	5
Rumänien	95	32	5	5	0	23	18	5
Schweden	67	33	0	8	0	8	8	17
Tschechien	70	20	0	60	10	20	20	20
Ungarn	79	2	9	11	4	6	13	0
Vereinigtes Königreich	76	24	12	18	24	24	24	0
Ost-/Südosteuropa (ohne EU), Türkei	41	17	37	22	15	17	7	7
Türkei	53	24	35	35	6	24	12	6
Weißrussland (Belarus)	33	25	50	17	8	0	0	0
Asien/Pazifik (ohne Greater China)	68	18	14	31	10	16	15	7
Indien	78	13	15	26	2	17	11	6
Japan	58	31	4	19	8	15	15	15
Kasachstan	36	36	73	27	9	9	0	0
Korea, Süd	80	20	0	40	10	30	10	0
Malaysia	60	8	12	56	8	4	16	0
Philippinen	68	26	5	32	32	26	42	5
Singapur	68	21	11	43	11	25	18	4
Sri Lanka	79	14	7	21	14	0	7	14
Thailand	75	8	17	25	13	13	8	4
Vietnam	91	18	0	18	27	27	9	0
Greater China	88	27	23	15	2	10	15	6
Hong Kong, SAR	88	24	24	12	6	18	18	12
China	92	38	31	15	0	8	15	0

	Zoll	Exportkontrollen	Sanktionen	Wettbewerbsdruck	Unternehmenskultur / Werte	Standortpolitik der USA	Industriepolitik, Local-Content-Vorgaben	Anderere
Nordamerika	77	12	10	17	13	25	21	7
Kanada	87	9	4	17	4	35	22	9
Mexiko	78	14	4	18	6	16	24	10
USA	74	13	13	17	18	28	20	6
Süd- und Mittelamerika	55	15	13	20	8	14	10	16
Argentinien	71	0	0	7	14	14	14	14
Bolivien	40	20	5	10	10	10	0	30
Brasilien	64	11	29	21	11	11	14	11
Costa Rica	60	10	13	27	3	27	10	10
Uruguay	33	39	6	6	17	11	17	28
Afrika, Nah- und Mittelost	51	28	14	29	13	22	19	10
MENA	50	26	12	27	13	20	17	11
Subsahara-Afrika	61	37	24	34	11	29	29	3
Ägypten	39	28	7	30	14	25	18	8
Irak	69	15	8	15	15	31	15	8
Israel	24	24	0	19	14	14	0	24
Nigeria	61	39	33	22	17	33	39	6
Pakistan	69	19	19	44	0	6	0	19
Vereinigte Arabische Emirate	77	27	40	20	17	20	23	13

Fragebogen

Wie beurteilen Sie die gegenwärtige geschäftliche Lage Ihres Unternehmens?

- gut
- befriedigend
- schlecht

Welche geschäftliche Entwicklung erwarten Sie für Ihr Unternehmen vor Ort in den kommenden zwölf Monaten?

- besser
- gleichbleibend
- schlechter

Wie beurteilen Sie die konjunkturelle Entwicklung vor Ort in den nächsten zwölf Monaten?

- besser
- gleichbleibend
- schlechter

Wie werden sich die Ausgaben Ihres Unternehmens für Investitionen vor Ort in den kommenden zwölf Monaten voraussichtlich entwickeln?

- höher
- gleichbleibend
- geringer
- keine Investitionen

Wie wird sich die Beschäftigtenzahl Ihres Unternehmens vor Ort in den kommenden zwölf Monaten voraussichtlich entwickeln?

- höher
- gleichbleibend
- geringer

Wo sehen Sie die größten Risiken bei der wirtschaftlichen Entwicklung Ihres Unternehmens in den kommenden zwölf Monaten? (Mehrfachnennungen möglich)

- Nachfrage
- Finanzierung
- Arbeitskosten
- Fachkräftemangel
- Wechselkurs
- Energiepreise
- Rohstoffpreise
- Rechtssicherheit
- Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen
- Infrastruktur
- Handelsbarrieren / Bevorzugung einheimischer Unternehmen
- Störungen in der Lieferkette (z.B. Logistik, fehlende Vorprodukte)

Sehen Sie darüber hinaus weitere Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung Ihres Unternehmens?

Spüren Sie Auswirkungen der US-Handelspolitik für das Geschäft Ihres Unternehmens vor Ort?

- Ja, eine starke negative Auswirkung
- Ja, eine negative Auswirkung
- Nein, keine Auswirkungen
- Ja, positive Auswirkungen + Freitext (optional)

Hat Ihr Unternehmen US-Geschäft (Export, Import, Investitionen vor Ort)?

- Ja
- Nein

Welche Aspekte der US-Wirtschaftspolitik beeinflussen Ihr Unternehmen aktuell am stärksten? (nur wenn US-Geschäft)

- Zölle / Zollkosten
- Exportkontrollen (z.B. Technologiebeschränkungen)
- Sanktionen
- Erhöhter Wettbewerbsdruck aufgrund von Handelsumlenkungen
- Unternehmenskultur / Werte
- Standortpolitik der USA (z.B. Kosten für Steuern, Arbeit, Energie)
- Industriepolitik, Local-Content-Vorgaben
- Andere: _____ (Freitextfeld)